

**- BBR -**  
**(Bürgerforum Bauen Radolfzell)**  
**&**  
**- BUND -**  
**(Ortsverband Radolfzell)**

**Antwortkatalog**  
**Zur Gemeinderatswahl 2024**

**Status: - Web-Version -**

Kontakt: [Info@BBR-Radolfzell.de](mailto:Info@BBR-Radolfzell.de)

## **Inhaltsverzeichnis**

1. Allgemein ( < zum Fragenkatalog )
  - 1.1. Prioritäten
  - 1.2. Finanzen
  - 1.3. Bürgerbeteiligung
  - 1.4. Zusammenarbeit
2. Infrastruktur
  - 2.1. Innenstadt / Altstadt
  - 2.2. Gesundheit
  - 2.3. Verkehr und Mobilität
  - 2.4. ÖPNV
3. Klima
  - 3.1. Energiepolitik
  - 3.2. Grüne Ökonomie
  - 3.3. Klima-Resilienz
  - 3.4. Grünflächen
4. Gestaltung
  - 4.1. Erweiterte Altstadtsatzung
  - 4.2. Stadtnahe Quartiere
5. Bauvorhaben
  - 5.1. Flächenverbrauch
  - 5.2. Bevölkerungsprognosen
  - 5.3. Nachhaltigkeit

## Zusammenfassung

- Am 09.06.2024 findet in Radolfzell die nächste Kommunalwahl statt, zusammen mit der Wahl des Kreistages und des Europa-Parlaments.

## Fragen:

- Der [BUND Radolfzell](#) und das [Bürgerforum Bauen Radolfzell](#) haben dafür Fragen an die Parteien / Fraktionen und deren Kandidaten in Form eines [Fragenkatalogs](#) zusammengestellt, um deren politische Vorstellungen, Absichten und Konzepte zu ermitteln und für die Wahlentscheidung der Bürger transparent zu machen.

## Antworten:

- Die Antworten der Fraktionen zu den jeweiligen Fragen sind tabellarisch in einem [Antwortkatalog](#) aufgeführt.

## Navigation:

- Durch Anklicken des Feldes **> Antwort-XYZ** im Fragenkatalog wird zum Antwortkatalog gewechselt und dort die Antworten zur jeweiligen Frage angezeigt. Zurück zum Fragenkatalog kommt man durch Anklicken des Feldes **< Frage-XYZ** im Antwortkatalog. In beiden Dokumenten kann unabhängig von einander geblättert werden.






## Sortierung:

- Summarische Antworten zu mehreren Fragen wurden unterhalb der betreffenden Fragen eingeordnet.
- **Die Sortierung der Antworten erfolgte in alphabetischer Reihenfolge nach den Kürzeln der Parteien (CDU, FDP, FGL, FW, SPD) !**

## Wahlprogramme:

- **CDU:** <https://www.cdu-radolfzell.de/kommunalwahl2024>.
- **FDP:** <https://www.fdp-kn.de/#topics>.
- **FGL:** [https://fgl-radolfzell.de/wp-content/uploads/2024/05/FGL\\_Flyer\\_2024.pdf](https://fgl-radolfzell.de/wp-content/uploads/2024/05/FGL_Flyer_2024.pdf).
- **FW:** [https://www.fw-radolfzell.de/programm\\_stadt.html](https://www.fw-radolfzell.de/programm_stadt.html).
- **SPD:** <https://www.spd-radolfzell.de/kommunalwahlprogramm-2024>.

## 1. Allgemein ( < [zum Fragenkatalog](#) )

	<p><b>Vorbemerkung (der CDU):</b></p> <p>Wir danken für die intensive Erarbeitung des Katalogs, bitten aber zugleich um Verständnis, dass wir Fragen zum Teil zusammengefasst bzw. teilweise auf unser Programm verweisen und nur exemplarisch antworten können.</p> <p>Wir bekennen auch offen, dass die Realisierung all dieser genannten Themen nicht machbar ist, unter finanziellem Vorbehalt steht. Das muss uns allen bewusst sein. Es gilt also, die wichtigsten Punkte im MITEINANDER auszuwählen. Das ist keine Geringschätzung der anderen Anliegen.</p>
	<p>Die <b>FDP</b> hat keine Antworten zur Verfügung gestellt und sich wegen Zeitmangels dafür entschuldigt.</p>
	<p><b>Vorbemerkung der Freien Grünen Liste zur Beantwortung des BBR- und BUND-Fragenkataloges zur Gemeinderatswahl 2024</b></p> <p>Der Fragenkatalog ist in Themen, Unterthemen (mit z.T. weiteren Unter-Unterthemen) und Fragen untergliedert. Bei der insgesamt sehr großen Anzahl von Fragen zu den Unterthemen und den weiteren Untergliederungen stehen inhaltlich bedeutsame Fragen neben randständigen Fragestellungen. Aus Sicht der Freien Grünen Liste geht bei der gesonderten Beantwortung jeder einzelnen Frage und mit der damit entstehenden Unübersichtlichkeit die wesentliche inhaltliche Positionierung der Freien Grünen Liste verloren. Wir bitten daher um Verständnis, dass wir gesamthaft auf die Fragen der Unterthemen geantwortet haben.</p>
	<p>Die <b>FW</b> haben Antworten zu jeder Frage zur Verfügung gestellt.</p>
	<p><b>Vorbemerkung (der SPD):</b></p> <p>Wir möchten im Vorfeld darauf hinweisen, dass der Aufbau des Fragebogens unserer Meinung nach Redundanzen enthält, so dass wir es für nicht sinnvoll erachten, jede Frage einzeln zu beantworten, da dann Dopplungen entstehen würden.</p> <p>Gleichzeitig verweisen wir ausdrücklich und nachdrücklich auf unser umfangreiches Wahlprogramm, einzusehen unter <a href="http://www.spd-radolfzell.de">www.spd-radolfzell.de</a> sowie auf unsere Wahlmaterialien. Dort werden die allermeisten Aspekte, die Ihr Fragebogen abfragt, ohnehin bereits beantwortet.</p> <p>Wir haben uns daher dafür entschieden, Antworten zusammenzufassen, einzelne Fragen nicht zu beantworten und an manchen Stellen die einschlägige Passage unseres Wahlprogramms zu zitieren.</p> <p>In den folgenden Ausführungen folgen wir grob der Struktur Ihres Fragebogens.</p>

Abschließend möchten wir deutlich darauf hinweisen, dass eine seriöse Politik auch bedeutet, dass Vorschläge und Maßnahmen daraufhin überprüft werden müssen, mit welchen Mitteln sie zu finanzieren sind.

## 1.1. Prioritäten

Neben der politischen Lösung alltäglicher (taktischer) Probleme in Radolfzell sind auch kurz-, mittel- und langfristige (strategische) Ziele der Stadtentwicklung zu definieren.



### Übergeordnete Ziele der Stadtentwicklung:

- Verbindliche Umsetzung des kommunalen Klimaschutzkonzeptes für Klimaneutralität bis 2035.
- Schaffung gesicherter und qualitativvoller Ganztagsangebote in Kita und Schule.
- Bezahlbare Kita-Plätze durch Ausweitung der Zeller Karte.
- Gründung und schrittweiser Ausbau einer kommunalen Wohnungsgesellschaft.
- Verbindliche Umsetzung der energetischen Sanierung der kommunalen Gebäude.
- Sicherung einer guten ärztlichen Grund- und Notfallversorgung.
- Die energetischen Standards der Baulandpolitischen-Grundsätze auf die Klimaneutralität ausrichten.
- Erhalt und Förderung der biologischen Vielfalt, des Biotopverbundes und Renaturierung von Wirtschaftswald.
- Zukunftsorientierte, umweltverträgliche Sanierung und Modernisierung der METTNAU - KUR an den bestehenden Standorten.
- Entwicklung eines attraktiven und barrierefreien ÖPNV, ergänzt durch Carsharing Angebote und Schaffung sicherer Fuß- und Radwege.
- Entschiedenenes Auftreten gegen Rassismus, Diskriminierung und Rechtspopulismus.

### 1.1.1. Welche kurzfristigen (1-2 Jahre) Ziele sind Ihnen am wichtigsten ? [< Frage-111](#)



Diese Ziele sind im Haushalts- und Finanzplan der Stadt hinterlegt. Wir stehen zu diesen Zielen wünschen uns aber eine stärkere Ausrichtung der Vereinbarkeit von ökologischen und ökonomischen Zielen, da sonst die Finanzen in Schieflage geraten. Allem voran sehen wir die Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung als bisher zu wenig verortet im Zielsystem.

### 1.1.2. Welche mittelfristigen (3-5 Jahre) Ziele sind Ihnen am wichtigsten ? [< Frage-112](#)



Diese Ziele sind im Haushalts- und Finanzplan der Stadt hinterlegt. Wir stehen zu diesen Zielen wünschen uns aber eine stärkere Ausrichtung der Vereinbarkeit von ökologischen und ökonomischen Zielen, da sonst die Finanzen in Schieflage geraten.

### 1.1.3. Welche langfristigen (5 bis 10 Jahre) Ziele sind Ihnen am wichtigsten ? [< Frage-113](#)



Langfristig bedarf es einer grundsätzlichen Neuausrichtung der städtischen Politik zu mehr Vereinbarkeit aller Interessen, einer realpolitischen Ausrichtung der ökologischen Fragestellungen, sowie der ökonomischen Grundanforderungen und für unsere Jugend mehr Bildung und Beteiligung.

### 1.1.4. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um diese Ziele (Nr. 1-3) zu erreichen ? [< Frage-114](#)



Die Freien Wähler können konkret keine Maßnahmen planen, dies kann nur eine Verwaltung. Bisher sind unsere Anträge dazu immer abgelehnt worden.

### 1.1.5. Welchen übergeordneten Gesamtplan haben Sie für die Entwicklung der Stadt ? [< Frage-115](#)



Die Freien Wähler haben sowohl den Stadtentwicklungsprozess 2003 als auch den Stadtentwicklungsplan 2016 unterstützt und mitgetragen. Ebenso die erste Fortschreibung 2021. Nun steht die Fortschreibung 2024/25 an, die eine Nachjustierung im Sinne neuerer Erkenntnisse zulässt bzw. notwendig macht.



Folgende Themen(-bereiche) bilden unsere Prioritäten: Klima (Klimaneutralität 2035), Bildung, Stadtentwicklung, Wohnen. Darunter fallen sämtliche konkreten Vorschläge, welche sich als Maßnahmen in unserem politischen Programm darstellen.

## 1.2. Finanzen

Der Haushalt und damit die Zuordnung (Allokation) städtischer Finanzen sowohl zu strukturellen Leistungen als auch zu Investitionen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Gemeinderates.



**Folgende Investitionen haben für uns in den nächsten Jahren höchste Priorität:**

- Zügige energetische Sanierung der städtischen Gebäude bis spätestens 2035.
- Weiterer Ausbau von Kinder- und Familienzentren zur Stärkung von Eltern.
- Schaffung und Sicherung eines qualitativvollen Ganztagsangebotes in Kita und Schule.

- Förderung des bezahlbaren und sozialen Mietwohnungsbaus durch eine zügige Gründung einer städtischen Wohnungsgesellschaft.
- Einrichtung neuer Seehas- bzw. Seehäsle-Haltepunkte beim Libellenweg, an der Mooser Brücke und bei der Altbohlunterführung.



### **Prioritäten neu setzen und den Haushalt wieder ins Gleichgewicht bringen:**

Im städtischen Haushalt werden seit längerer Zeit falsche Schwerpunkte gesetzt. Statt bei eingeschränkter Kassenlage den Pflichtaufgaben Schulen, Kitas, Sanierung und Instandhaltung äußerste Priorität einzuräumen, wird ein überzogenes Sportzentrum Mettnau mit Kunstrasenplatz (Gesamtkosten über 4 Mio.€) realisiert. Sehr große Sorgen bereitet uns die mittelfristige Finanzplanung, da dringend erforderliche energetische Sanierungen und notwendige Investitionen an städtischen Gebäuden auf 2028 und danach verschoben wurden. Mit dem aktuellen Haushalt (2024) wird der Schuldenstand von 2 Mio.€ auf mindestens 17Mio. € bis Ende 2027 ansteigen, da bereits 2026 alle verfügbaren Rücklagen aufgebraucht sind.


Wir setzen uns seit langem dafür ein, dass der städtische Haushalt wieder ins Gleichgewicht kommt und endlich eine vorausschauende und sparsame Finanzpolitik eingeleitet wird, welche die notwendigen Investitionen in Bildung, Betreuung und für die ökologischen Zukunftsinvestitionen sichert.

Um die Genehmigungsfähigkeit des städtischen Haushaltes ab 2025 zu sichern, sind neben Einsparungen (z.B.: Priorisierung der Investitionen und des städtischen Dienstleistungsangebotes, Verringerungen des zu unterhaltenden Gebäudebestandes, Reduzierung der immensen Aufwendungen für Pressearbeit, Verschlinkung der Verwaltungsprozesse und ein effektiverer Einsatz des vorhandenen Personals und der Ressourcen) wie auch eine Verbesserung der städtischen Einnahme (z.B.: sozialverträgliche Gebühren- und Steueranpassungen, aktive Fördermittelakquise) notwendig.

### **1.2.1. Welche Investitionen im Haushalt haben für Sie höchste Priorität ? [< Frage-121](#)**

	Bildung und Betreuung, Ökologie und die Maßnahmen in unseren Ortsteilen.
	Investitionen in Bildungsinfrastruktur, d.h. Kindergärten, Kitas, Schulen, und - personal, d.h. Erzieher:innen, Lehrkräfte

### **1.2.2. Welche strukturellen Maßnahmen (Einnahmen / Ausgaben) wollen Sie neu beschließen ? [< Frage-122](#)**

	Wir fordern eine realistische Haushaltspolitik, denn unsere Kinder sollen nicht die Leistungen von heute und morgen bezahlen müssen. Dies ist für uns ebenso eine grundsätzliche Frage der Nachhaltigkeit, wie die klimapolitischen Fragestellungen.
--	--

**1.2.3. Wie wollen Sie die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes ab 2025 sichern ?  
(durch Einsparungen oder Erhöhung der Einnahmen ?) [< Frage-123](#)**



**1.1 und 1.2:**

Unsere Kernthemen sind

- Wirtschaftsstandort Radolfzell
- Bezahlbarer Wohnraum
- Bildung und Betreuung
- Familie
- Medizinische Versorgung in Radolfzell
- Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit
- Stärkung des Ehrenamtes
- Ortsteile

Viele dieser Themen sind Daueraufgaben der Kommune und können nicht nach zwei, fünf oder zehn Jahren beendet werden. Für die konkreten Maßnahmen verweisen wir auf unser Wahlprogramm. Konkretes Beispiel: Umwelt/Energie. Wir können nicht alle städtischen Objekte sofort energetisch sanieren. Wir hatten einen Antrag gestellt, und die Verwaltung hat geliefert: Es gibt eine Prioritätenliste, was wir in unserem Gebäudebestand sofort tun können (Austausch von Pumpen z. B.) und welche Gebäude wir als erste ertüchtigen sollten (Schulen), weil sie viel Energie verbrauchen. An dieser Liste müssen wir nun jährlich arbeiten.



Die Haushalte sind bislang genehmigungsfähig gewesen und werden es weiterhin sein. Wir können nur ausgeben, was wir einnehmen. Der Fehler war, dass in den Haushalt jeweils zu viele Projekte hineingepackt wurden. Das ändert sich aktuell, wir müssen realistisch bleiben, welche Projekte von der Verwaltung auch verarbeitet werden können.

Wie bislang haben „Zukunftsprojekte“ KiTas, Schulen, aber auch das Pflegeheim Priorität. Im Umweltschutz ist es die regenerative Energiegewinnung (Bsp. Bioenergieort Möggingen, Kläranlage Abwärme-Wärmenetz und Solardorf Liggeringen), es braucht weitere solche Projekte.

Was wir dringend benötigen, ist eine innovative Wirtschaftsförderung. Dies geht nur auf vorhandenen erschlossenen Flächen mit wenigen Ausnahmen wie in Böhringen haben wir keine neue Gewerbeflächen. Innen- vor Außenentwicklung. Wir müssen die Abhängigkeit von einigen Großen auf eine breitere Basis stellen.

Die Bürger sind durch Steuern ohnehin belastet. Die Grundsteuerreform darf nicht zu einer versteckten Erhöhung mutieren. Steuern müssen von Zeit zu Zeit dem Preisindex angepasst werden, berechenbar.


Grundprinzip:

	Die Projekte, die zügig realisierbar sind und den meisten Nutzen für Mensch und Natur bringen, genießen Priorität.
	Alle Haushaltsstrukturmaßnahmen der letzten 5 Jahre sind leider gescheitert. Letztmals 2014 sind tatsächliche Erfolge in großer Einigkeit erzielt worden. Solange die großen Fraktionen und die Verwaltung hierzu keine sinnvollen Vorschläge machen, können die Freien Wähler als einzelne Fraktion keine Sicherungsmaßnahmen beschließen.
	<b>1.2.2 und 1.2.3</b> Einnahmen: Ansiedlung zukunftsorientierter Gewerbe; Ausgaben: regelmäßige Überprüfung der Sinnhaftigkeit von Ausgaben

### 1.3. Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung besteht (laut Andreas Paus 2016, <https://partizipendium.de/> ) aus der Abfolge von

- **Information** (über geplante Maßnahmen durch transparente Kommunikation)
- **Konsultation** (Abfrage der Meinung und Ideen)
- **Kooperation** (Workshops und Berücksichtigung der Vorschläge)
- **(Mit-)Entscheidung** (über die konzeptionellen Alternativen)

	<p>Die frühzeitige und ernsthafte Beteiligung der Bürgerschaft an Entscheidungsprozessen und mehr Teilhabe sind die Stadtgemeinschaft und eine gelungene Stadtentwicklung eine wesentliche Voraussetzung.</p> <p>Die in der letzten Zeit mit viel Aufwand vermehrt aufgesetzten Beteiligungsprozesse für die Bürgerschaft (BürgerInnen-Workshops, BürgerInnen-Foren ...) bleiben aus unserer Sicht bei der Abfrage der Meinungen und Ideen stecken. Eine transparente und ernsthafte Beteiligung an den Entscheidungsprozessen wird dadurch bisher nicht gewährleistet, da die detaillierten Ergebnisse der Beteiligungsprozesse nicht in Gemeinderatssitzungen zur Diskussion und Abstimmung gebracht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass sich dies ändert.</p> <p>Weiter setzen wir uns für die Einführung eines BürgerInnenbudgets zur Umsetzung von Projekten aus der Bürgerschaft ein. Ebenso bracht es eine bessere Einbindung des Jugendgemeinderates in die Entscheidungen des Gemeinderates.</p> <p>Bei den Bürgerfragestunden im Gemeinderat treten wir für mehr Transparenz ein. Auf Wunsch der BürgerInnen sollten die Fragen und die Antworten der Stadtverwaltung auf der Internetseite der Stadt in einem Bürgerportal veröffentlicht werden.</p> <p>Ebenso treten wir dafür ein, dass auch in den Ausschusssitzungen eine obligatorische Bürgerfragestunde eingeführt wird.</p>
--	--

Dazu folgende Fragen:



### 1.3.1. Sind Sie für oder gegen eine Stärkung der Bürgerbeteiligung in der Stadt ? [< Frage-131](#)



Die Freien Wähler unterstützen schon immer Maßnahmen zu mehr Bürgerbeteiligung, dies hat der Stadtentwicklungsprozess 2016 gezeigt, ebenso wie alle späteren Beteiligungsverfahren in der Stadt. Uns ist wichtig, dass dabei eine möglichst breite und repräsentative Beteiligung stattfindet, nur so können wir unsere Arbeit im Gemeinderat besser machen.

### 1.3.2. Wie soll die Transparenz / Akzeptanz Ihrer Entscheidungen verbessert werden ? [< Frage-132](#)



Die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt muss intensiviert werden. Weniger Social Media, mehr inhaltliche Berichterstattung über das wie und warum der Entscheidungen im Gemeinderat. Wir als Fraktionen sind sehr beschränkt in unseren Möglichkeiten, denn wir haben nur alle 4 Wochen im Hallo Radolfzell wenige Zeilen zur Verfügung. Die Fraktionen sollten zudem auf der Internetseite unbegrenzt Raum bekommen um im Vorfeld und auch nach Entscheidungen eine direktere Möglichkeit der Kommunikation mit den Bürgern zu haben, damit wir auch immer zeitnah Rückmeldungen erhalten können.

### 1.3.3. Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Bürgerbeteiligung auf eine breitere Basis zu stellen, also mehr Bürger zu erreichen ? [< Frage-133](#)



s.o. mehr repräsentative Beteiligungsverfahren bei freien (nicht gebundenen) Entscheidungen mehr direkte Kommunikationsmöglichkeiten in der Fraktionen mit den Bürgern Neuauflage des Umfragetools von 2021, teilweise haben dort über 1000 Bürger der Stadt Rückmeldung über Ihre Vorstellungen zu den Themen gegeben.

### 1.3.4. Wären Sie für eine Bürgerfragestunde in Ausschusssitzungen ? [< Frage-134](#)



Simon Gröger hat seit dem Beginn seiner Amtszeit großen Wert auf eine Stärkung der Bürgerbeteiligung gelegt. Wichtig ist jetzt, dass wir die Bürgerbeteiligung auf eine breitere Grundlage stellen, d.h. sehr viel mehr Bürger erreichen.



Verbesserungswürdig wäre hier die Webseite, z. B. Veröffentlichung der Fragen aus der Bürgerschaft und die Antworten der Verwaltung.

Die Organisation von Bürgerbeteiligungen ist ein komplexes Thema. Verwiesen sei hier z.B. auf das Handbuch Bürgerbeteiligung herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung.


[https://www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/Handbuch\\_Buergerbeteiligung.pdf](https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Handbuch_Buergerbeteiligung.pdf). Am aussichtsreichsten erscheinen uns internetgestützte Verfahren um die Schwelle zur Beteiligung zu senken.

Was es nicht geben darf: Keine Alibi-Veranstaltungen. Lieber weniger und diese Beteiligungen richtig durchführen und umsetzen.

Bestehende Institutionen und Verbände mehr einbeziehen, auch der Jugendgemeinderat und der Seniorenrat sollten sich mehr einbringen.

	Mit unserer Reihe „Gehör(t)!“ haben wir bewiesen, dass wir den Menschen zuhören und daraus konkrete Anträge stellen (Bsp. Seebadneubau). Für einen TOP „Bürgerfragen“ zu Beginn auch von Ausschusssitzungen sind wir offen.
	Ja, dort gehört die Fragestunde auch hin, nicht in den Gemeinderat mit seiner vollen Tagesordnung. Viele Entscheidungen werden inhaltlich in den Ausschüssen vorberaten oder sogar abschließend beraten. Dort besteht mehr Zeit, auch für die fachlichen Fragen.
	Wir stehen für repräsentative Demokratie, angereichert mit direktdemokratischen Elementen.  <b>1.3.1. bis 1.3.4</b> Mitgliedschaft in Parteien, Ehrenamt stärken und würdigen, rechtzeitige, verständliche und umfassende Kommunikation zwischen Rathaus und Bürger:innen, auch mit digitalen Medien. Bürgerfragestunde in Ausschusssitzungen in engem zeitlichem Rahmen.

## 1.4. Zusammenarbeit

	<p>Die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden befürworten wir. Sie gestaltet sich aber in der Regel leider sehr schwierig, da sie bis auf wenige Fälle auf Freiwilligkeit beruht und die Kommunen oft unterschiedliche Interessen verfolgen (z.B. Ausweisung von Gewerbegebieten / Gewerbesteuererinnahmen).</p> <p>Im Bereich des ÖPNV funktioniert die Zusammenarbeit im Landkreis sehr gut. Der Landkreis, als Träger des Verkehrsverbundes, wird von den Kommunen bei der Weiterentwicklung des ÖPNV unterstützt. Alle im Landkreis verantwortlichen Kommunen stimmen sich bei der Weiterentwicklung und Ausbau der Bahninfrastruktur sowie der Fahrradinfrastruktur sehr gut miteinander ab. Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten gibt es aber regelmäßig bei der Finanzierung von kostengünstigen und sozialverträglichen ÖPNV-Ticketpreise, da diese über die Kreisumlage von allen Kommunen zu finanzieren sind und die Übermacht der BürgermeisterInnen im Kreistag mit ihrer Kirchturmperspektive eine für die Bevölkerung des gesamten Landkreises gute Lösung blockieren. Es ist daher immer das gleiche Problem, wenn die finanziellen Interessen der Kommunen berührt sind, dann wird eine interkommunale Zusammenarbeit schwierig.</p> <p>Im Gesundheitswesen wurde zwar aufgrund der finanziellen Schieflage der großen Krankenhäuser der Städte im Landkreis der Gesundheitsverbund mit dem Hauptgesellschafter Landkreis Konstanz gegründet, das Gerangel um die medizinischen Leistungsangebote und die Finanzierung hat mit dem interkommunalen Zusammenschluss aber nicht aufgehört. Die Folge, nach zwanzig Jahren Schließung des Radolfzeller Krankenhauses und die aus wirtschaftlichen und medizinischen Gründen unvernünftigen Entscheidung, das neue „Zentralkrankenhaus“ nicht in der Mitte des Landkreises, sondern eher randständig in Singen zu bauen.</p> <p>Ein weiteres wichtiges Thema der interkommunalen Zusammenarbeit ist die Unterbringung Geflüchteter. Der Landkreis ist für die</p>
--	---

Unterbringung der Geflüchteten verantwortlich und verteilt diese nach einem festgelegten Schlüssel auf die Kommunen in Gemeinschaftsunterkünften. Da eine freiwillige interkommunale Zusammenarbeit hier nicht funktioniert, geht es ohne eine zentrale Verteilung über den Landkreis nicht. Auch bei der Anschlussunterbringung versagt das Instrument der interkommunalen Zusammenarbeit, da jede Kommune aufgrund der stark angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt nur die Geflüchteten aufnimmt, die vom Landkreis über den Verteilerschlüssel zugewiesen werden.

Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden: Wir werden in Zukunft weiterhin aktiv mit den Umweltverbänden zusammenarbeiten.

**1.4.1. Befürworten Sie eine aktivere Zusammenarbeit aller Kommunen im Landkreis (inter-kommunal) hinsichtlich der Themen, die alle betreffen (Gesundheitswesen, Nahverkehr, Unterbringung Geflüchteter, ...) ? [< Frage-141](#)**



Ja, hier sollte mehr zusammengearbeitet werden. Gerade die Gesundheitsversorgung ist ein gutes Beispiel, weil die stationären Strukturen besser mit den ambulanten abgestimmt werden müssen siehe z.B. Planungen für ein MVZ. Auch die kassenärztlichen Strukturen orientieren sich nicht an den Gemeindegrenzen.

Zudem gilt das im Nahverkehr. Richtungsweisend ist hier der Antrag der Freien Wähler im Landkreis auf ein kreisweites 1-Euro-Ticket und ein 365-Euro- Jahresticket! Die Finanzierung dazu wird über die vom Land geplante Nahverkehrsabgabe sichergestellt werden.

**1.4.2. Wie wollen Sie diese inter-kommunale Zusammenarbeit konkret organisieren ? [< Frage-142](#)**



**Antwort zu 1 und 2:**

eine aktive Zusammenarbeit der Kommunen bei Themen, die mehrere Kommunen betreffen ist notwendig. Die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit hängt vom jeweiligen Thema ab und kann nicht generell beantwortet werden. Wenn es um die Gewerbesteuer geht, sind die Kommunen wenig kooperativ. Im ÖPNV und in anderen Bereichen funktioniert es besser. Baugenossenschaften und andere Bereiche wären denkbar. Wichtig ist aber, dass die Entscheidungszeiträume dadurch nicht verlängert werden.

Je nach Thema suchen wir das Gespräch mit den jeweils betroffenen Verbänden und freuen uns auch über den umgekehrten Weg.



Die Zusammenarbeit muss von den Verwaltungen organisiert werden.

Die Freien Wähler sehen da vielfältige Möglichkeiten über freiwillige Absprachen und Zusammenarbeiten (wie z.B. bei den Teststrukturen zu Corona-Zeiten).

Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen können eine konkretere Form ohne neue Bürokratie sein. Für langfristige, dauerhafte Zusammenarbeiten gibt es institutionalisierte Formen mit Verbänden etc. wie sie Radolfzell schon lange in Wasser- und

Abwasser-Zweckverbänden hat.

**1.4.3. Wie wollen Sie zukünftig aktiv mit Umweltverbänden zusammenarbeiten ?** [< Frage-143](#)



Wir würden gerne als Fraktion jährliche fixe Gesprächstermine für einen Austausch bevorzugen. Unseres Wissens geschieht dies auch mit der Stadtverwaltung. Ggf. wäre auch ein gemeinsamer Runder Tisch mit allen Fraktionen ein guter Anfang.



**1.4.1. bis 1.4.3**

Interkommunale Zusammenarbeit: ja, dort, wo es nutzt und möglich ist, z.B. im Bereich ÖPNV, Stadtwerke, Baugenossenschaft, GLKN, um Ressourcen zu poolen

## 2. Infrastruktur

### 2.1. Innenstadt / Altstadt

Die Geschäfte und Gaststätten in der Innenstadt, insbesondere in der Altstadt, sind für eine Aufenthaltsqualität von besonderer Bedeutung.



Das Erscheinungsbild der Altstadt mit seiner prägenden Fußgängerzone ist dringend sanierungsbedürftig (Beleuchtung, Pflasterung, Begrünung) und an den gewandelten Anforderungen (Klimawandel, Mobilität, Einkaufsverhalten, Tourismus) mit einer ausgewogenen Mischung von zeitgemäßem Wohnen, attraktiven und an die Nachfrage orientierten Geschäften und Gastronomie anzupassen. Gelingen kann dies nur mit der schrittweisen Umsetzung eines mit den Geschäften, Gaststätten und den BewohnerInnen der Innenstadt entwickelten Innenstadt- bzw. Altstadtkonzeptes.

Um auch die Anreise mit dem ÖPNV und Ankunft für unsere BesucherInnen attraktiv zu machen, sehen wir den Bahnhof als „Tor der Stadt“. Wenn sich auch hier, mit Blick zum See, entlang der Uferpromenade, in der Gestaltung positives getan hat, ist es dringend erforderlich, dass der Bahnhof und die Wegeführung auf den Vorplätzen und Kerninnenstädten barrierefrei werden. Die Querungen zwischen den Bahnhöfen (Bus und Zug) und der Innenstadt ist auf FußgängerInnen auszurichten und auch, was die architektonische Gestaltung anbelangt, attraktiver zu gestalten.

In einem Altstadt-Mobilitätskonzept ist der Lieferverkehr und die Paketzustellung verbindlicher und klarer zu regeln und mit der Einrichtung von Lade- und Lieferzonen mit Micro-Hubs rund um die Altstadt zu kombinieren. Die zulässige Fahrgeschwindigkeit für Fahrräder (besonders E-Bikes) ist in der Fußgängerzone auf Schrittgeschwindigkeit zu begrenzen, auszuschildern und zu kontrollieren.

Die sehr gute Arbeit des Präventionsrates ist von der Stadtverwaltung intensiver zu begleiten und „unsichere“ Orte sind zu identifizieren und wirksame Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Die Einführung eines kommunalen Ordnungsdienstes halten wir für kein geeignetes Instrument, um die Sicherheit in der Stadt zu erhöhen.

#### 2.1.1. Welche Fördermaßnahmen hinsichtlich Läden und Gastronomie befürworten Sie ? [< Frage-211](#)



Wir befürworten nicht direkte Subventionszahlungen an wirtschaftliche Unternehmen. Die Stadt muss die Rahmenqualitäten setzen und gemeinsam mit den Einzelhändlern und Gastronomen eine positive Grundstimmung schaffen, die das positive „Wirtschaften“ in der Stadt ermöglicht.

#### 2.1.2. Wie wollen Sie die Innenstadt / Altstadt attraktiver für Besucher gestalten ? [< Frage-212](#)



Hierzu gibt es zahlreiche Ideen und Vorschläge aus dem Stadtentwicklungsprozess 2016 und der Arbeit der TSR unter Frau Hanstein. Diese sollten wieder aufgegriffen werden. Dies kann über eine attraktive Beleuchtung, über deutlich mehr Grün, mehr

Freiheiten für Außengastronomie etc. erfolgen. Alles hier aufzuzählen wäre zu viel und kann leicht an anderer Stelle nachgelesen werden.

### 2.1.3. Wie wollen Sie konkret den nach wie vor umfangreichen, teils illegalen Autoverkehr in der Altstadt (Fußgängerzone) reduzieren ? [< Frage-213](#)



Dies ist eine ordnungs-rechtliche Frage, die die Verwaltung als Polizeibehörde beantworten muss.

Der Gemeinderat hat 2019/20 seinen Teil dazu beigetragen und eine Neuregelung geschaffen, die nun konsequent überwacht werden muss. Sollte hier eine Verschärfung erfolgen, muss diese intensiv in einem Beteiligungsprozess mit den Anwohnern erörtert werden.

### 2.1.4. Wie wollen Sie die zunehmenden Sicherheitsprobleme lösen ? Sind Sie für die Einführung eines Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) ? [< Frage-214](#)



Die CDU hat eine Reihe von Anträgen gestellt, um die Altstadt attraktiv zu halten. Vom Stadtmuseum in der alten Apotheke bis hin zum Zunfthaus und der Stadtbibliothek im Österr. Schl. – das waren CDU-Initiativen, die eine Stärkung der Altstadt brachten und sie zugleich lebenswert halten. Ursprünglich wollte die Verwaltung die Bibliothek in das Schiessergelände auslagern! Nach Abzug der Zuschüsse, kam das Projekt Ö. Schl. die Stadt sogar günstiger. Wir haben auch mit unserem Antrag den Verkauf der Spitalgebäude in der Poststraße verhindert, bzw. an die Stadt befürwortet. In unserer Reihe „Gehör(t)!“ haben wir konkrete Vorschläge gebracht (Quartierstreff, Bildung/VHS wieder in die Stadt holen... sozialer Wohnungsbau...)

Die Gewährleistung der Sicherheit ist in erster Linie Aufgabe der Polizei und daher Aufgabe des Landes. Die derzeit verfügbaren Daten lassen nicht auf eine Verschlechterung der Sicherheitslage schließen. Der Gemeinderat hat mit großer Mehrheit die Einführung eines Kommunalen Ordnungsdienstes abgelehnt. Wir sehen derzeit keine Notwendigkeit, diesen Beschluss zu revidieren.

Auf unseren Antrag wurde der private Sicherheitsdienst für das Seeufer bestellt, das gab eine Beruhigung und funktioniert weitgehend, dies schätzen selbst die Jugendlichen.

Für eine funktionierende Altstadt braucht es für die Bewohner und die Geschäfte einen gewissen Anliegerverkehr, der gesteuert sein muss. Wir haben bestehende Regelungen, die müssen umgesetzt und kontrolliert werden, dann funktioniert es. Ergänzungen (E-Mobilität, E-bikes – Tempobeschränkung) sind notwendig. Das wurde lange Zeit vernachlässigt.



Ja, wir haben das Ansinnen der Verwaltung 2014/15 immer unterstützt.



Wir stehen für eine Steigerung der Attraktivität der Innenstadt.

### 2.1.1 bis 2.1.4

Dies soll erreicht werden durch: mehr Grün, weniger Autos, weniger Parkflächen, bessere Wege, bessere Kontrolle der geltenden Regeln, Ansiedlung von Frequenzbringern; Vermeidung von Konkurrenzbetrieben im weiteren Umfeld der Innenstadt.

Nein, kein KOD, die Sicherheit ist Aufgabe der Polizei, die im Verantwortungsbereich des Landes steht. Ggf. mehr städtische Vollzugsbeamte.

## 2.2. Gesundheit

Durch die abrupte, fremd bestimmte Schließung des Radolfzeller Krankenhauses ist die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in den Fokus gerückt.



Mit der Schließung des Radolfzeller Krankenhauses durch den Gesundheitsverbund des Landkreises Konstanz hat sich nicht nur die wohnortnahe stationäre Krankenhausversorgung, sondern auch die schon angespannte Situation in der Notfallaufnahme an den Krankenhäusern ebenfalls weiter verschärft. Hier sehen wir einen dringenden Handlungsbedarf beim kommunalen Krankenhausverbund des Landkreises.

Die mangelhafte ambulante Facharztversorgung drückt sich für die Patienten oft in langen Wartezeiten von bis zu mehreren Monaten aus. Die Zuständigkeit hierfür liegt aber beim Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen, der nach unzeitgemäßen gesetzlichen Vorgaben für die Landkreise den Bedarf an fachärztlicher Versorgung festlegt. Für den gesamten Landkreis Konstanz wird derzeit eine Überversorgung von 21% bis 82% festgestellt und somit werden keine weiteren Facharztpraxen genehmigt. Die tatsächlich vorhandene fachärztliche Unterversorgung führt zu einer weiteren Überlastung der Notfallversorgung an den Krankenhäusern. Auch dies ist ein unhaltbarer Zustand, der aber nur über eine bundes- und landesgesetzliche Reform der bedarfsgerechten ambulanten und stationären Versorgung behoben werden kann. Die Freie Grüne Liste setzt sich dafür ein, dass die starre, zum Teil unsinnige und äußerst restriktive Genehmigungspraxis von Facharztpraxen geändert wird. Da hierfür aber landes- und bundesgesetzliche Änderungen notwendig sind, wird daher keine schnelle Abhilfe - wie von den Freien Wählern gefordert - über die Einrichtung eines kommunal getragenen medizinischen Versorgungszentrums mit Facharztpraxen möglich sein.

Die Freie Grüne Liste hat sich schon immer für eine zukunftsorientierte, umweltverträgliche Sanierung und Modernisierung der METTNAU - KUR an den bestehenden Standorten eingesetzt und eine Verlagerung der Kreislaufklinik abgelehnt.

### 2.2.1. Wie planen Sie, generell die Gesundheitsversorgung in Radolfzell zu verbessern ? [< Frage-221](#)



Die Freien Wähler haben inzwischen mehrfach dafür geworben und beantragt, ein kommunales Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) zu gründen, wie es derzeit in vielen Kommunen geschieht. Leider wurde es bisher



immer von den Mehrheiten im GR abgelehnt.

Zudem fordern wir eine kassenärztliche Notfallpraxis in Radolfzell, die eine ambulante Versorgung auch am Wochenende sicherstellt.

Unsere Zielsetzung wäre, in den sanierungsfähigen Bauteilen des Krankenhauses ein großes Gesundheitszentrum anzusiedeln. Dort könnten ein MVZ, eine kassenärztliche Notfallpraxis und zahlreiche Gesundheitsdienstleistungen (z.B. Physiopraxis etc.) eine neue gemeinsame Heimat finden.

## 2.2.2. Welche konkrete Maßnahmen schlagen Sie vor im Hinblick auf die Versorgung mit Arztpraxen, lokaler Notfall-Infrastruktur oder / und eines MVZ ? [< Frage-222](#)



### Antwort zu Fragen 1 und 2:

Durch die Schließung des Radolfzeller Krankenhauses sind das Angebot im Bereich der stationären und der Notfallversorgung in Radolfzell weggefallen. Die stationäre Versorgung kann jetzt nur durch die verbliebenen Kliniken in der Umgebung gesichert werden.

Was die Notfallversorgung betrifft, so sollte der Fokus auf die Behebung der Mängel z.B. in der Notfallaufnahme in Singen gelegt werden. Der Aufbau paralleler Strukturen in Radolfzell ist zwar wünschbar, aber nicht durchsetzungsfähig. In Radolfzell sollten wir uns auf die Stärkung der ambulanten Versorgung konzentrieren. Bei der fachärztlichen Versorgung ist auf den Erhalt der bestehenden Facharztpraxen z.B. durch Unterstützung bei der Nachfolgeregelung oder falls erforderlich durch das Angebot eines weiteren Ärztehauses abzielen. Ein Fachärzte-MVZ ist mangels freier Arztsitze nicht umsetzbar. Es würde sich in seinem Angebot auch nur unwesentlich von einer fachärztlichen Gemeinschaftspraxis unterscheiden. Zusätzliche Facharztsitze sind nur im Bereich der Jugendpsychiatrie möglich und sinnvoll. Dies sollten wir z. B. in Zusammenarbeit mit der Luisenlinik - vorantreiben.

Ein Gesundheitszentrum im vorhandenen ehem. Krankenhaus, Südflügel – darauf möchten wir hinwirken. Dies setzt intensive Auseinandersetzungen mit dem GLKN voraus.

Bei der hausärztlichen Versorgung legen wir Wert auf ein wohnortnahes Angebot. Ein Konzept zur Sicherung und Verbesserung der hausärztlichen Versorgung ist in Zusammenarbeit mit den Gemeinden der Höri zu erarbeiten.

Unseres Erachtens besteht ein Bedarf an einem weiteren Ausbau der Kurzzeitpflege. Radolfzell wird dies finanziell nicht leisten können. Hier müssen wir den Kreis in die Pflicht nehmen.

Die Mettnau-Kur muss weiterhin attraktiv für die Selbstzahler bleiben. Qualität vor Quantität. Mit interessanten Programmen, Gesundheit, Vorsorge kombiniert mit Kultur/Natur/Wissenschaft- Zeitfragen sollten wir neue Interessenten gewinnen. Vor der baulichen Ausweitung, müssen erst die bestehenden älteren Komplexe modular saniert werden – Bsp. Kurmittelhaus/Schwimmbad.



**2.2.3. Wie kann die Mettnau-Kur als wichtiger Eigenbetrieb der Stadt noch attraktiver für Kurgäste und gleichzeitig finanziell stabiler aufgestellt werden ? [< Frage-223](#)**

Die Mettnau-Kur ist seit einem Jahrzehnt auf gutem Wege. Die wechselvolle Geschichte der Gesundheitsreformen erfordert aber eine ständige Anpassung der Strategie. Hier kann z.B. noch mehr auf ambulante Angebote, auch für die eigene Bevölkerung gesetzt werden.

**2.2.4. Welche Vorgaben würde Ihre Fraktion zur Strategie der Mettnau-Kur machen ...**

- hinsichtlich der Weiterentwicklung von Angeboten und des Geschäftsmodells,
- zu Art und Umfang weiterer Bebauung und damit
- zum gleichzeitigen Erhalt der Natur als Alleinstellungsmerkmal ? [< Frage-224](#)

Es wird nicht ohne eine Erneuerung der Bausubstanz gehen, die Qualität und Umfang der Leistungen zu erhalten. Dabei legen wir Wert darauf, den neuen Flächenverbrauch so gering wie möglich zu halten.

Gerade auch mehr ambulante Angebote machen keine großen Flächenversiegelungen nötig.

Sämtliche Fragen lassen sich mit den Punkten unseres Wahlprogramms beantworten:

- Sicherstellung der primärmedizinischen und Notfallversorgung in Zusammenarbeit mit allen Akteuren
- Pilotprojekt Level 1A Versorgungszentrum
- Krankenhausgebäude zeitnah zusammen mit Kreis (GLKN) für neue Funktionen entwickeln, finanzielle Verantwortung des Kreises (GLKN) gegebenenfalls rechtlich klären
- Gesundheitszentrum in der Stadtmitte/Altstadt mit Arztpraxen, Physiotherapie/usw.
- Fitnessparcours im z.B. Mettnaupark oder Herzenbad
- Sanierung und Modernisierung der Mettnau-Kur-Anlagen
- Erweiterung des medizinischen Angebots der METTNAU, Ausbau der ambulanten Angebote
- Medizinische Ausbildungsakademie zentral für GLKN (Poststraße)

## 2.3. Verkehr und Mobilität

Für den Bereich Mobilität ist in Radolfzell ein Integriertes Klima-Mobilitätskonzept in Arbeit. Dabei wurden die Bürger in Rahmen von vier Workshops beteiligt. Es wurde gefordert, mehr Wege zu Fuß, mit dem Fahrrad und mit Bus und Bahn zurückzulegen, das Auto weniger zu nutzen und fast alle Busse und Autos elektrisch fahren zu lassen.



Das innerstädtische Carsharing-Angebot der Stadtwerke und das städtische Angebot von Lastenrädern in den Quartieren sind auszuweiten. Nach einer Bedarfserhebung sind diese Angebote auch auf die Ortsteile auszuweiten.

Die von den Stadtwerken Radolfzell auf die Bedürfnisse zugeschnittene Lösungen zur Verbesserung der Ladeinfrastruktur für E-Autos und für E-Bikes sind weiter auszubauen. Auch ist die von der Energieagentur angebotene kostenfreie Beratungen im Bereich Elektromobilität und Ladeinfrastruktur zu intensivieren. Die Klima-Mobilitätswende ist ohne die beschleunigte Elektrifizierung der Antriebstechnik (Bus, PKW) und den hierfür erforderlichen beschleunigten Ausbau der regionalen, regenerativen Stromerzeugung (PV, Windkraftanlagen) nicht möglich.

Radolfzell ist schon heute eine Stadt, in der aufgrund der schon vor Jahrzehnten mit dem Fahrrad frei befahren und verhältnismäßig großen Fußgängerzone die Fahrradmobilität besonders bei den BewohnerInnen der Kernstadt eine nicht unerhebliche Akzeptanz hat. Zur nachhaltigen Verbesserung der Situation ist die Schaffung attraktiver und sicherer Fuß- und Radwege und Radabstellplätze sowie eine attraktive und bedarfsgerechte Radinfrastruktur in der Fläche notwendig. Bei der Quartiersentwicklung ist dem Fuß- und Radverkehr Vorrang zu geben und die barrierefreie Gestaltung der Fuß- und Radwege ist zu verbessern. Notwendig ist ebenso die Einrichtung einer Mobilitätszentrale am Bahnhof mit einem Fahrradparkhaus.

Die Freie Grüne Liste hat erfolgreich einen verkehrsberuhigten Bereich zwischen Stadtgarten und Scheffelhof erfolgreich im Gemeinderat beantragt, in dem FußgängerInnen bevorzugt sein werden. Der Altstadtring sollte bereits gemäß eines zurückliegenden Gemeinderatsbeschlusses aufgehoben werden. Die Verwaltung hat den Beschluss bisher leider noch nicht umgesetzt.

Die Freie Grüne Liste hat erfolgreich einen Antrag in den Gemeinderat eingebracht, dass die Verwaltung ein Umsetzungskonzept zur Umgestaltung der Teggingerstraße in eine Fahrradstraße erarbeitet und dem Gemeinderat zum Beschluss vorlegt.



Die dringende für Fußgänger und Radfahrer sichere Umgestaltung des "Rewe"-Kreisels wird von der Freien Grünen Liste befürwortet.

Die Freie Grüne Liste tritt für ein Parkraumkonzept ein, das die Parkgebühren auf Konstanzer Niveau erhöht, die Gebührenpflicht auf die Abendstunden und Wochenenden ausweitet und eine gebührenpflichtige Anwohnerparkregelung einführt. Neben der Lenkungswirkung hin zu einer klimafreundlicheren Veränderung des Modal Split, sind die zusätzlichen Einnahmen dringend erforderlich, um die zusätzlichen Kosten für die Taktverdichtung des Stadtbusses und die beschlossene Elektrifizierung der Stadtbusfahrzeuge zu finanzieren.



Weiter sind wir für eine konsequente Temporeduzierung in den Durchgangsstraßen (Tempo 30) und den

	Teilortsverbindungsstraßen (Tempo 70/80).
--	---



**2.3.1. Befürworten Sie den Ausbau des Carsharing-Angebotes ? Auch in den Ortsteilen ? [< Frage-231](#)**

	(zu Carsharing): Ja
	Ja, unbedingt. Unsere Stadtwerke sind dabei mit dem Seefahrer-Programm führend im Landkreis.

**2.3.2. Welche konkreten Vorschläge machen Sie zur Verbesserung der Lade-Infrastruktur für E-Autos und für E-Bikes ? [< Frage-232](#)**

	Ausbau der öffentlichen und Förderung der privaten Infrastruktur
	Konkrete Vorschläge dazu müssen von den Fachleuten der Verwaltung und der Stadtwerke kommen. Unterstützt werden kann dies mit einem breiten Beteiligungsprozess der BürgerInnen, wo konkrete Bedarfe vorliegen.

**2.3.3. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um mehr Menschen zum Umstieg vom Auto auf das Fahrrad zu bewegen (z.B. sicherere Abstellplätze, Radwege, Schnellwege, Verknappung des Parkraums, Parkgebühren, ...) ? [< Frage-233](#)**

	<p>Radolfzell hat einen großen Fortschritt gemacht mit der Einführung des 1-Euro-Tickets im Stadtverkehr. Dieses Modell muss nun ausgeweitet werden (siehe den Antrag der Freien Wähler im Kreis auf ein 1-Euro-Ticket und ein 365-Euro-Ticket kreisweit). Hinzu kommt eine Vernetzung der Verkehre mit mehr Anruf-Sammel-Taxis, Car-Sharing und weiteren Angeboten.</p> <p>Bevorrechtigte Fahrradstraßen sollten überall dort ausgewiesen werden, wo es verkehrsrechtlich geht. Die Parkgebühren wurden erst erhöht. Hier ist eine Differenzierung zu diskutieren für Fahrzeuge die umweltfreundlicher (Nichtverbrenner) fahren.</p> <p>Das Fahrradparkhaus aus dem STEP von 2016 bleibt in oberster Priorität, ebenso wie die anderen Maßnahmen für sichere Abstellplätze in den Ortsteilen und rund um die Innenstadt.</p>
	<p><b>2.3.1. bis 2.3.3</b> Fahrradparkhaus mit integrierten Ladeboxen und Außenbegrünung und PV- Flächen.</p> <p>REWE-Kreisel: Bypass-Lösung, Verlangsamung des Verkehrs; Entlastung Haselbrunnstraße durch B33-Zubringer/Kasernenzubringer</p>

### 2.3.4. Was ist Ihre Meinung zu folgenden, im Integrierten Klima-Mobilitätskonzept vorgeschlagen Maßnahmen:

- Der Bahnhofsvorplatz wird verkehrsfrei und der Innenstadtring wird aufgehoben.
- Die Tegginger- und die Fürstenbergstraße werden zu Fahrradstraßen.
- Der "Rewe"-Kreislauf wird so umgestaltet, dass er für Fußgänger und Radfahrer sicher ist. (Aktuell ist der "Rewe"-Kreislauf für alle Verkehrsteilnehmer sehr unübersichtlich und gefährlich, insbesondere für Fußgänger und Radfahrer). [< Frage-234](#)



Hier unterstützen wir die Prüfung aller dieser Maßnahmen hinsichtlich Ihrer verkehrsrechtlichen und verkehrstechnischen Möglichkeiten.

### 2.3.5. Die verkehrsreichsten Straßen in Radolfzell sind die Haselbrunnstraße und die Ortsdurchfahrten von Böhringen und Markelfingen. Wie wollen Sie den Verkehr dort zu reduzieren, um neben dem Klimaschutzaspekt auch die Anwohner von Lärm und Abgasen zu entlasten ? [< Frage-235](#)



Hier ist der gesamte Gemeinderat mit der Verwaltung auf dem Weg. Das Ein-Euro-Ticket hat bewiesen, dass man einiges erreichen kann.

Car-sharing sollte auch in den OT angeboten werden, die Lade-Infrastruktur muss kontinuierlich mit den Stadtwerken ausgebaut werden.

Klima-Mobilität. Der Bahnhof muss erreichbar bleiben. Wir sind gegen eine Sperrung des Bahnhofplatzes, weil er nur eine Verlagerung auf die bestehenden Straßen (Haselbrunn-, Bismarck-, Tegginger-, Markthallen-) bringt. Wir haben beantragt, dass diese Zone aber attraktiver (Grün und Gestaltung) wird und es eine Begegnungszone geben wird, die im Schrittempo passiert werden muss.

Für die Barrierefreiheit gibt es einen konkreten Fahrplan zu einer Umsetzung.

Eine Beschleunigung ist leider nicht möglich, da zu viele Beteiligte mitbestimmen (Eisenbahnbundesamt, DB Netz etc.). Wichtig ist, dass wir jährlich überprüfen, ob die Teilziele erreicht worden sind, damit es zu keinen weiteren Verzögerungen kommt.

Die Überarbeitung der Teggingerstraße und des BEZ-Kreisels ist in Arbeit.

Drei weitere Haltepunkte sind angemeldet, wobei Libellenweg und Altbohl am wichtigsten sind. Letzterer kann zum Beispiel den Verkehr der Nordstadt deutlich entlasten.

ÖPNV – muss für alle Ortsteile und Quartiere, auch Altbohl und Weinburg, attraktiv bleiben!

Die Bodanrück-Idee hat Charme und müsste geprüft werden. Wir fürchten, dass dieser aber nicht kostendeckend sein wird. Evtl. einen Modellversuch wagen. Ansonsten müssen wir unsere Ressourcen bündeln.

Hier müssen Verkehrswissenschaftler/-experten Vorschläge unterbreiten, denn den Verkehr kann man nicht gänzlich abhängen oder verdrängen, dies würde ggf. andere Anwohner mehr belasten.

Wir unterstützen das „Integrierte Klima-Mobilitätskonzept“. Verhaltensänderungen werden automatisch notwendig sein.

## 2.4. ÖPNV

Die Freie Grüne Liste tritt für eine engere Taktung des Stadtbusses in die Ortsteile und an den Wochenenden ein. Ebenso fordern wir die Ausweitung eines verlässlichen, attraktiven und leicht verständlichen Anrufsammeltaxi-Angebots sowie einen durchgängigen Studenttakt bis Mitternacht.

Die Stadtverwaltung muss zügig – wie bereits vor zwei Jahren von der FGL gefordert – den barrierefreien Ausbau der Bahnofsunterführung zum See gemeinsam mit der DB-Station und Service planen und umsetzen und von der DB endlich zeitnah den barrierefreien Zugang zu den Bahnsteigen über den Einbau von Fahrstühlen fordern.

Schon vor Jahren hat die FGL erfolgreich in den Haushaltsberatungen beantragt, Planungsraten für Einrichtung von drei neuen Seehas- bzw. Seehäsle-Haltepunkte beim Libellenweg, an der Mooser Brücke und bei der Altbohlunterführung einzustellen. Leider wurde der Beschluss vonseiten der Stadtverwaltung bisher nicht wirksam umgesetzt. Die FGL hat daher vor einigen Wochen erfolgreich beantragt, dass eine für die Einrichtung von zusätzlichen Haltepunkten zuständige VertreterIn des Landkreises in eine Gemeinderatssitzung eingeladen wird und endlich ein formaler Antrag von Seiten der Stadt auf Einrichtung zusätzlicher S-Bahn-Haltepunkte in Radolfzell gestellt wird.



Ein attraktiver, flächendeckender, eng getakteter öffentlicher Verkehr ist die tragende Säule eines nachhaltigen Verkehrssystems. Gute Bus- und Bahnangebote, Rad- und Fußverkehr und Carsharing sind mit elektrisch betriebenen PKWs gut zu vernetzen. Eine Taktverdichtung bei den Stadtbuslinien und Erweiterung in den Abendstunden und am Wochenende sind notwendig.

Für ein ernsthaftes Klima-Mobilitätskonzept, das eine wesentlicher Bestandteil des beschlossenen Klimaschutzkonzeptes mit der Klimaneutralität bis 2035 ist, braucht es klare Zielformulierungen mit einem konkreten Maßnahmen- und zeitlich gestaffelten, verlässlichen Umsetzungsplan.



Die Kritik am beschlossenen Stadtbuslinien-Angebot teilen wir. Sowohl die Weinburg als auch der Altbohl, neuer Edeka und der Waldfriedhof sollten weiterhin mit einem regulären Busverkehr angebunden sein.

Den Vorschlag, eine neue Buslinie "Bodanrück - Bus" einzuführen, die von Radolfzell über Möggingen – Güttingen – Liggeringen - Dettingen und bis nach Konstanz führt, sehen wir kritisch, da wir weder einen ausreichenden Bedarf hierfür sehen noch eine Finanzierung über den zuständigen Landkreis realistisch möglich ist.

**2.4.1. Befürworten Sie einen engeren Takt beim öffentlichen Nahverkehr, insbesondere beim Busverkehre zu den Ortsteilen ? [≤ Frage-241](#)**

	Ja, dies ist nötig und für uns gut vorstellbar, da die Ortsteile wichtige Wohn- und Lebensqualität für die Menschen bieten, aber diese auch zur Arbeit, Einkaufen, Freizeitgestaltung die Kernstadt angemessen erreichen müssen.
	Ja, unter Beachtung der Finanzierbarkeit. Funktionsweise des AST muss besser kommuniziert werden.



**2.4.2. Welchen konkreten Weg sehen Sie, den längst fälligen, auch wegen Barrierefreiheit gesetzlich vorgeschriebenen Umbau des Bahnhofs Radolfzell zu verwirklichen ? [≤ Frage-242](#)**

	Die Verwaltung muss stetig und hartnäckig auf die Einhaltung – oder sogar Verkürzung – der Zeitachse der DB drängen, denn dies ist eine Maßnahme, die die Stadt nicht selbst durchführen kann und darf.
	Diese liegt ausschließlich in den Händen der Bahn.



Der baldige Bau des Haltepunkts Libellenweg ist in mehrerlei Hinsicht geboten:

- Es ist die Klimaschutz-Maßnahme in Radolfzell, welche durch den Umstieg vom Auto zur größten CO-2-Vermeidung aller Maßnahmen führen wird.
- Ein Gutachten der Stadt aus den 2010er Jahren zeigt, das es verkehrstechnisch der beste Ort für einen zweiten Bahnhof ist, die höchste Zahl an Zu- und Ausstiegen ist dort zu erwarten.
- Sowohl für die jetzigen Bewohner\*innen des Wohngebiets rechts und links der Konstanzer Straße als auch für mögliche Bewohner/innen des Gebiets Fora/Gleisdreick als auch für die Lehrkräfte und Schüler/innen von Gymnasium und Realschule ist der Bahnhof ein hervorragender Service. Dabei spielt es keine Rolle, ob im Gebiet Fora/Gleisdreick mal 300, 500 oder 800 Personen wohnen.
- Daher die Frage:



**2.4.3. Welchen Weg sehen Sie, gleichzeitig den Bau des Seehas-Haltepunkts Libellenweg durchzusetzen und zu verwirklichen ? [≤ Frage-243](#)**

	Der Haltepunkt sollte nicht gleichzeitig, sondern schnellstmöglich erfolgen, damit die bisherigen Bewohner endlich einen attraktiven Haltepunkt bekommen.
	Seehas-Haltestelle Libellenweg befürworten wir sehr, Antrag ist bereits gestellt.

**2.4.4. Sind Sie dafür, entgegen aktueller Planung, sowohl die „Weinburg“ als auch „Altbohl“ (und damit Edeka und Waldfriedhof) weiterhin per ÖPNV zu versorgen ? [< Frage-244](#)**

	Ja, natürlich müssen alle Stadtgebiete gleichmäßig, entsprechen den gültigen Rahmenvorgaben, angebunden sein!
	siehe 2.4.1.

**2.4.5. Was halten Sie von der Idee eines "Bodanrück - Busses", der Radolfzell über Möggingen – Güttingen – Liggeringen - Dettingen mit Konstanz verbindet ? [< Frage-245](#)**

	Sehr viel! Die Idee ist bestechend, um den ÖPNV noch attraktiver zu machen. Es liegt allerdings nicht in der Hand des Gemeinderates, das Verbot der Parallelverkehre aufzuheben.
	Idee wird befürwortet, Umsetzung liegt in der Hand des Kreises.



### 3. Klima



Da Klima auch in allen anderen Bereichen ein relevanter Faktor ist, finden sich auch Hinweise zum Thema Klima beispielsweise in der Rubrik „Innenstadtentwicklung“ oder

„ÖPNV“. Ansonsten möchten wir diesen Bereich auch mit unserem Wahlprogramm beantworten. Darin stehen folgendes Aspekte expressis verbis:

- Wärmeplanung für alle Stadtquartiere und Ortsteile
- Kommunale Förderung von privaten PV-Anlagen
- Umfassende Bürgerbeteiligung an PV-Flächen, Bildung entsprechender Gesellschaftsmodelle
- PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden
- Förderung von Windkraftanlagen in der Region
- ÖPNV optimieren durch angepasste Streckenführung und Einsatz von E-Bussen (Unterstützkreut, Weinburg, Böhringen, Stahringen); Shuttle-Verkehr zwischen zentralen Parkgelegenheiten und Mettnau/Bädern
- Seehas-Haltepunkte: Libellenweg und Altbohlunterführung
- Weiterentwicklung der städtischen Fahrradwege, inklusive einer klaren Kennzeichnung, und Bau von Fahrradparkflächen bzw. abschließbarer Fahrradgaragen (s.o.)
- Radwegenetz zwischen Kernstadt und Ortsteilen bzw. mit umliegenden Gemeinden
- Kommunales KFZ-Mietangebot verbessern und optimieren
- Städtische Parkflächen bewirtschaften; Parkmöglichkeiten in die Höhe, nicht in die Fläche (Messeplatz, Aurelis-Linse, Gleisdreieck)
- Klima-Mobilitätskonzept weiterentwickeln
- E-Ladesäulen „flächendeckend“
- Klimaresilienter Waldumbau
- Stadtbegrünung und konsequente Nachpflanzung von Bäumen -auch in Hinblick auf Schatten und Kühlung bei Extremhitze
- Patenschaften für Bäume an Bürger vergeben
- Zu Seewärme: ja, abhängig von der technischen Machbarkeit



### 3.1. Energiepolitik

Bis zum Jahr 2035 soll Radolfzell klimaneutral werden, so legt es das Integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt Radolfzell fest. Das Konzept wurde im Frühjahr 2023 vom Gemeinderat im Grundsatz beschlossen.

Um herauszufinden, wie das Klimaziel erreicht werden kann und wie die Stadt dann aussehen könnte, hat die Stadt Radolfzell Klimaschutzszenarien entwickeln und eine kommunale Wärmeplanung erstellen lassen.

Daraus ergeben sich folgende Forderungen für ein klimaneutrales Radolfzell:

- Radolfzell muss einen großen Anteil seines Energiebedarfs regenerativ und lokal erzeugen und soll kaum noch fossile Energie in Form von Gas und Öl aus fernen Erdteilen importieren.
- Zum Beheizen ihrer Häuser und Wohnungen sollen die Radolfzellerinnen und Radolfzeller im wesentlichen Umweltwärme und Strom und kaum noch Öl und Gas verwenden.
- Das Ziel „Radolfzell Klimaneutral bis 2035“ kann nur mit einem Wandel in vielen Bereichen unseres Lebens erreicht werden.



Die Klimaneutralität von Radolfzell bis zum Jahr 2035 ist eine große und extrem herausfordernde Aufgabe für die gesamte Stadtgesellschaft und kann nur erreicht werden, wenn tatsächlich alle verfügbaren Potenziale der erneuerbaren Energien – Photovoltaik (auf Dächer, Parkplätze und Freiflächen), Solarthermie, Windenergie, Biomasse, Einsatz von Wärmepumpen um Umgebungswärme aus Luft, Erdreich und des Sees und auch Abwärmepotenziale (z.B. aus der Kläranlage) – genutzt und ohne Einschränkung umfassend gehoben werden.

Obwohl bereits 2019 der FGL-Antrag auf Fortschreibung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes vom Gemeinderat beschlossen wurde, brauchte es fast 4 Jahre bis zur Vorlage des ersten Teilkonzeptes, um die Treibhausgasneutralität in Radolfzell bis 2035 zu erreichen. Der von der Stadtverwaltung vorgelegte kommunale Fahrplan zur Klimaneutralität bleibt im Ungefähren und lässt verbindliche Zwischenziele auf dem Weg zur Klimaneutralität in den verschiedenen Sektoren (Strom, Wärme, Mobilität) vermissen. Notwendig ist daher, dass endlich ein verbindlicher kommunaler Fahrplan zur sektoralen Umsetzung des kommunalen Klimaschutzkonzeptes für Klimaneutralität bis 2035 beschlossen wird und in die Umsetzung kommt.

Die Vorbildfunktion der Stadt bei den Klimaschutzmaßnahmen (energetische Sanierung, klimaneutrale Wärmeversorgung und Mobilität) ist eine wesentliche Voraussetzung und notwendige Motivation für die gesamte Stadtgesellschaft. Die Stadtverwaltung und die Stadtwerke sollten die Beratung der Bürgerschaft zur praktischen Umsetzung der Energiewende intensivieren und über runde Tische für Handel, Gewerbe, Industrie und Wohnungswirtschaft die energetische Gebäudesanierung, die Umstellung auf eine regenerative Wärmeversorgung und Mobilität sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung vor Ort beschleunigen. Bei der Umsetzung der Energie- und Wärmewende kommt den Stadtwerken eine wichtige Rolle zu (Aufbau einer klimaneutralen Stromversorgung und schrittweiser Ausbau der Wärmenetze).

Wichtige Maßnahmen zur schrittweisen Klimaneutralität im Verantwortungsbereich der Stadt sind:

- Verbindlicher Fahrplan zur Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und des Klimaschutzkonzeptes für Klimaneutralität bis 2035. Ausbau erneuerbarer Energien, Energieeinsparung, Energieeffizienz in den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr.
- Sicherung der lokalen Stromversorgung durch Aus- und Neubau von Dach- und Freiflächenphotovoltaikanlagen und der Errichtung von drei Windkraftanlagen im Gebiet Rosenhag bei Stahringen.
- Aus- und Neubau von Wärmenetzen und Aufbau von Beratungsangeboten für individuelle Heizungslösungen.
- Erstellung einer Wärme- und Sanierungsplanung für die kommunalen Gebäude mit einer Finanzierungs- und Umsetzungsplanung bis 2035.
- Die energetischen Standards der Baulandpolitischen Grundsätze auf die Klimaneutralität ausrichten.
- Erstellung und Umsetzung eines klimaschutzkonformen Energiekonzeptes für die Reha- und AHB-Einrichtungen der METTNAU.
- Intensivierung der Beratungsangebote zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Handel, Gewerbe und Industrie durch Reduzierung von Energiekosten über energetische Gebäudesanierung und Umstellung auf eine erneuerbare Energieversorgung.
- Teilnahme am kommunalen Wettbewerb zum beschleunigten Ausbau der Photovoltaik „Wattbewerb“. Der Wettbewerb fordert die Städte heraus, durch Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft in der Stadt eine Strategie zu entwickeln, wie die DachbesitzerInnen in der Stadt überzeugt werden können, ihre Dächer mit Photovoltaikanlagen auszustatten. Ob Einfamilienhäuser, große Mietshäuser oder Dächer auf gewerblich oder industriell genutzten Gebäuden: Sie alle bieten das Potenzial, das für die lokale Energiewende vor Ort momentan brachliegt.

Dazu die Fragen:

### 3.1.1. Wie wollen Sie die Radolfzeller für den Wandel zu gewinnen, wie sieht Ihre Kampagne für den Wandel aus ? [< Frage-311](#)



Die Freien Wähler werden keine eigene Kampagne dafür machen. Dies ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Stadt und allen Umweltverbänden.

Im „Kommunalen Wärmeplan“ der Stadt Radolfzell (Stand 31.10.2023) gibt es auf S.63 eine Gegenüberstellung der Potentiale für Strom- und Wärmeertrag. Die Ergebnisse sprechen eindeutig für ein Umdenken beim Konzept „Erneuerbare Energien“.

**3.1.2. Welche Art der aufgeführten erneuerbaren Energien soll in Radolfzell vorrangig gefördert und realisiert werden (Photovoltaik, Solarthermie, Windenergie, Biomasse, Erdwärmekollektoren, Erdwärmesonden, Kombinationen davon oder andere ...) ? [≤ Frage-312](#)**



Jedwede sinnvoll umsetzbare Kombination muss gefördert werden, damit die Klimaziele erreicht werden können. Leider sind 2015 die Planungen mit Steisslingen, gemeinsam auf der Homburg und der angrenzenden Fläche, eigene Windenergie zu erzeugen, gescheitert. Weitere Gebiete dafür sind nicht sinnvoll.

Photovoltaik wird der Schwerpunkt und die Speerspitze bei uns sein müssen.

Das 100-Dächer-Programm in 2020 sollte die 100 größten Dachflächen für Photovoltaik gewinnen. Hier sollte die Verwaltung noch intensiver an der Umsetzung arbeiten. Zudem kann die Stadt viel Aufklärung und Motivation für die vielen privaten Dächer leisten.

**3.1.3. Wie kann der Einsatz dieser erneuerbaren Energien in Radolfzell erhöht werden, welche konkreten Maßnahmen zum Ausbau schlagen Sie vor ? [≤ Frage-313](#)**



s.o.

**3.1.4. Wo sehen Sie die vorrangigen Einsparpotentiale, um den Energieverbrauch in Radolfzell generell zu reduzieren (bei der Stadt, Privaten, Gewerbe) ? [≤ Frage-314](#)**



Die Stadt ist der kleinste der genannten Verbraucher, muss aber trotzdem Vorbild sein.

Viele kleine Energieverbraucher können gemeinsam den größten Erfolg bringen. Das Gewerbe tut dies – wie private auch – inzwischen auch aus Kostengründen weitgehend schon.

**3.1.5. Würden Sie die Gründung von Bürger-Energie-Genossenschaften zur gemeinsamen Erzeugung erneuerbarer Energien unterstützen ? Haben Sie dazu konkrete Vorschläge ? [≤ Frage-315](#)**



Ja, das unterstützen wir, wenn der Stadt gute und tragfähige Konzepte vorgelegt werden.

**3.1.6. Sollte die vorgelegte Wärmeplanung auch die Ortsteile besser mit einbeziehen ? [≤ Frage-316](#)**



Ja, soweit dies möglich ist, selbstverständlich. Die Ortsteile sind ein wesentlicher Teil unserer Stadt.

### 3.1.7. Befürworten Sie den Bau eines Wärmenetzes, um den Stadtteil Stockteil mit Wärme zu versorgen? [< Frage-317](#)



Ja, wenn dies technisch und wirtschaftlich umsetzbar ist, ist ein solches Projekt unterstützenswert.

Das größte Potenzial für regenerative Energie liegt in Radolfzell auf den Dächern, insbesondere auf gewerblich genutzten Gebäuden.

### 3.1.8. Welche Ideen haben Sie, um die Zahl von großen PV-Anlagen auf den Dächern zu erhöhen? [< Frage-318](#)



s.o. die Ideen gibt es schon länger!

### 3.1.9. Welche Möglichkeiten sehen Sie für PV-Anlagen über Parkflächen? [< Frage-319](#)



Rechtlich ist es inzwischen vorgeschrieben, wo wirtschaftlich und technisch möglich, sollte dies auch auf vorhandenen Parkflächen umgesetzt werden.

### 3.1.10. Was ist ihre Meinung zur Nutzung von Seewärme zur Wärmeversorgung von Radolfzell? [< Frage-3110](#)




Dies kann nur mit den Bürgern und der Verwaltung gelingen. Mit den Solardorf Liggeringen und dem Bioenergiedorf Möggingen sowie dem unlängst beschlossenen Wärmenetz (Kläranlage) sind wir auf einem guten Weg. Kommunale Wärmeplanung geht alle an und ist nicht auf Fraktionen beschränkt.

Wir müssen die verschiedenen sinnvollen Kombinationen umsetzen, wobei Windenergie auf unserer Gemarkung nicht vorgesehen ist, mit Ausnahme der hinteren Homburg.

Es ist zu unterscheiden zwischen erneuerbaren Energien, die Strom liefern und solchen die Wärme liefern, aber zum Betreiben einer Wärmepumpe Strom verbrauchen. Beim Strom liefernden erneuerbaren Energien bleibt nur die Photovoltaik. Bei den wärmeliefernden erneuerbaren Energien sind neben dem potentiellen Ertrag weitere Kriterien wie Genehmigungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit zu berücksichtigen. Wir sollten für alle Möglichkeiten offen sein, um im Einzelfall die beste Variante realisieren zu können. PV ist in unseren Augen besser als Solarthermie. Muss aber jeweils in einer Einzelfallentscheidung geprüft werden, was für den Standort mehr Sinn ergibt (Abnehmer).


Wandel, Dächer...

Hier gibt es bereits gute Angebote für Unternehmen die bis zum Fullservice reichen, z.B. von Solarcomplex. Um dies voranzutreiben, sollte man ins Gespräch mit den Unternehmen kommen, um herauszufinden wo die Hürden liegen. Daraus kann man dann entsprechende Maßnahmen ableiten. Seit Jahren verweisen wir auf die großen Dachflächen von Milchwerk (muss erst das Dach ertüchtigt werden, in Umsetzung) oder auch Privaten wie Allweiler, Hesta...


	Die Seewärme-Nutzung hatten wir vor drei Jahren schon angeregt, gehört für uns zu dem Kombinationsmix dazu. Bürgerbeteiligungs-Projekt gibt es bereits, die vorhandenen Kräfte bündeln und vorhandene Projekte unterstützen.
	Diese Überlegungen wurden 2014 bereits einmal geprüft, aber leider vom Landratsamt abgelehnt. Einen neuen Vorstoß würden wir begrüßen, wenn es keine größeren Auswirkungen auf die Umwelt hat.

### 3.2. Grüne Ökonomie


In Unternehmen mit nachhaltigen Geschäftsmodellen entstehen neue Arbeitsplätze, sie erweisen sich als finanziell stabiler und damit auch dauerhaft lukrativer für städtische Einnahmen (u.a. Gewerbesteuer, Einkommenssteuer-Anteil, etc.)

	Die Freie Grüne Liste tritt für eine an Gemeinwohl und Nachhaltigkeit orientierte, engagierte Wirtschaftsförderung ein. Wir haben das neue Prestige-Gewerbegebiet „Blurado“ des letzten Oberbürgermeisters immer kritisch gesehen, da hierdurch nicht nur der regionale Grünzug stark beeinträchtigt wird, sondern das Gebiet auch wegen seiner topologischen schwierigen Lage für ein wirtschaftlich sich tragendes Gewerbegebiet nicht geeignet ist. Dringend notwendig ist hingegen eine grundlegende Neuordnung der bestehenden und in der Fläche nicht sinnvoll genutzte Gewerbegebiet (z.B. Lippenwiesen I und II). Die städtische TSR (Tourismus- und Stadtmarketing Radolfzell GmbH) muss sich stärker an die Förderung und Aktivierung von verträglichem Natur-, Rad-, Wander- und Gesundheitstourismus ausrichten.
--	--

#### 3.2.1. Welche Strategien verfolgen Sie, um die wirtschaftliche Entwicklung in Radolfzell durch Förderung nachhaltiger Unternehmen zu stabilisieren und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen ? [< Frage-321](#)

	Mit Blurado, dem klimaneutralen Gewerbegebiet wurde dieser Ansatz konsequent angegangen. Corona & Rezession haben hier vorübergehend eine Entwicklung verhindert. Aber dieser Weg muss weiter gegangen werden.
--	--

#### 3.2.2. Sehen Sie „Blurado“ noch als Option ? [< Frage-322](#)

	Ja, es bedarf konsequenter Arbeit der Wirtschaftsförderung und die Unterstützung von Landkreis und Land um dieses Vorzeigeprojekt voranzubringen.
--	---

### 3.2.3. Wie planen Sie, vorhandene lokale Unternehmen bei der Transformation zu unterstützen und damit die Attraktivität für neue Investitionen zu steigern ? [< Frage-323](#)



Wir setzen auf eine Anreizstrategie, die die unternehmerische Eigeninitiative initiiert.

### 3.2.4. Wie kann konkret ein sanfter, umweltfreundlicher Tourismus in Radolfzell gefördert werden (Anziehungskraft durch Naturerlebnis) ? [< Frage-324](#)



Blurado war ein Versuch, am falschen Standort. Nur nachhaltige Unternehmen haben eine Zukunft. Für das Gebiet Stadt-Bahn-sind wir mit der Verwaltung an einem Konzept, Projektentwicklung. Es soll eine Mischung aus Grün, Wohnen und Gewerbe entstehen. Dafür gibt es Potenzial. Allerdings lässt der Untergrund nur eine dreistöckige Bebauung zu, bzw. ab dann steigern sich die Kosten.

Transformation müssen wir durch Vermittlung von Beratungsangeboten unterstützen. Wir können aber nicht alle Projekte gleichzeitig realisieren.

Wir alle wollen keinen Massentourismus. Fahrradhotel und Familienunterkünfte etc. sind die richtigen Schritte. Naturerlebnis setzt voraus, dass man in die Natur kommt, deshalb keine Abschottung, sondern sinnvolle Erschließung am Rande der Schutzgebiete. Beispiel: Ein neuer Mettnauturm könnte Umwelt und sanften Tourismus verbinden. Positive Beispiele wie der Live-Pfad oder die Radolfzeller Runden (Wanderrouen) zeigen die Schönheiten, müssen aber unterhalten werden.



So wie es in den Zielen und Maßnahmen des Stadtentwicklungsplans 2016 beschlossen wurde (Aufzählung hier zu lang)

## 3.3. Klima-Resilienz

Klimawandel in der Stadt erfordert ein Umdenken bei der Flächenversiegelung, um negative Auswirkungen des Klimawandels wie Hitzeinseln oder auch Überschwemmungen bei Starkregenereignissen abzumildern.



Siehe Antwort zu 3.4 Grünflächen (Grünraumkonzept):

Das am 16.11.2022 vom Ausschuss (PUT) beschlossene sehr gute Grünraumkonzept wird von der Freien Grünen Liste als konzeptionelle Grundlage für die klimaangepasste Freiraumentwicklung in Radolfzell unterstützt: (siehe: [https://fgl-radolfzell.de/wp-content/uploads/2024/05/Anlage1\\_Gruenraumkonzept\\_Radolfzell\\_klein.pdf](https://fgl-radolfzell.de/wp-content/uploads/2024/05/Anlage1_Gruenraumkonzept_Radolfzell_klein.pdf)).

Auf Antrag der FGL wurde 2022 mit großer Mehrheit beschlossen, dass von der Stadtverwaltung eine Grünraum-Satzung erarbeitet und dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt wird. Leider hat die Stadtverwaltung den Entwurf einer Grünraum-Satzung dem Gemeinderat bisher noch nicht vorgelegt.

Die FGL setzt sich dafür ein, dass es zu einer zügigen Ausarbeitung kommt, damit die Maßnahmen aus dem Konzept in eine verbindliche Umsetzung kommen. Darüber hinaus werden wir uns bei allen Neu- und Umbauten im Hochbau als auch bei innerstädtischen Freiflächen dafür einsetzen, dass die Handlungsempfehlungen aus der Studie berücksichtigt werden.

**3.3.1. Welche Aspekte des Klimawandels halten Sie in Radolfzell für besonders wichtig ? (Extreme Hitze und Trockenheit, Starkregen und Überschwemmungen, Trinkwassermangel, Zerstörung von Flora und Fauna, ...). < [Frage-331](#)**



Das Kleinklima in der Stadt ist für die Menschen am wichtigsten. Dazu ist deutlich mehr Grün in die Stadt zu bringen. (Grünraumkonzept)

Die Stärkung der Widerstandskraft (Resilienz) von Radolfzell gegen zunehmend heftigere Ereignisse, bedingt durch den Klimawandel, muss mit hoher Priorität verfolgt werden. Die Stadt hat dazu ein Grünraumkonzept beschlossen.

**3.3.2. Welche Maßnahmen daraus halten Sie für besonders dringlich und was wollen Sie tun, um diese zeitnah umzusetzen ? < [Frage-332](#)**



Alle Maßnahmen sind wichtig und voranzubringen. Wir sehen dort Schwerpunkte, wo wir am schnellsten die größten Erfolge erreichen können.

Die Zahl der Hitzetage nimmt von Jahr zu Jahr zu, Menschen aller Altersgruppen leiden darunter.

**3.3.3. Welche konkreten Ideen haben Sie, um das Leben im Siedlungsbereich erträglich zu halten ? < [Frage-333](#)**



s.o. Mehr Grün in die Stadt!

**3.3.4. Welche Vorschläge haben Sie zum Schutz bzw. zur Neupflanzung von Bäumen, zum Erhalt und der Neuanlage von Grünbereichen, zum Erhalt oder der Neuanlage offener, kühlender Wasserflächen in der Kernstadt ? < [Frage-334](#)**



Hier ist es zunächst notwendig mit einer genauen Analyse zu erheben, welche – zusätzlichen! – Grünflächen durch Entsiegelung und Neubegrünung möglich sind. Diese sind dann zeitnah umzusetzen.



### 3.3.5. Welche konkreten Maßnahmen sollen in der Stadt umgesetzt werden, um diese gegen Hochwasser- und Starkregen-Ereignisse zu sichern (→ Schwammstadt) ? [< Frage-335](#)



Diese sind alle im Plan zum Starkregenmanagement festgelegt (Aufzählung hier zu lang)

### 3.3.6. Wo konkret wollen Sie in Radolfzell die notwendigen Luftschleusen für die Kühlung der Stadt einrichten ? [< Frage-336](#)



Wir haben uns gegen weitere Flächenversiegelungen ausgesprochen, bzw. mehrere Anträge gestellt (Klimakorridore, Bsp. KN-Str. Erhalt der Vorgärten). Das 10000-Bäume Projekt geht auf unseren Antrag zurück. Wir handeln auch und haben bereits konkrete Obstbaumpflanzungen (Biotop-Vernetzung) und ein kleines Waldgebiet (Ameisenbach) nach Sturm- und Eschensterben eigenhändig aufgeforstet! Auch der Erhalt der alten Eichen auf der Schafweide oder Josef-Bosch-Str. haben wir in die B-Pläne eingebracht. Die gepflanzten Bäume brauchen genüge große Pflanzquartiere, damit sie überlebensfähig sind. Bestehende Straßen-Baumquartiere müssen erneuert werden (Bsp. Eisenbahnstr.).

Grüne Lungen sind für Mensch und Natur überlebenswichtig. Versuche den Spitalgarten (Untertorstr.) oder den Alten Friedhof zu überbauen oder als Parkflächen auszuweisen, haben wir durch unsere Anträge verhindert. Wir handeln konkret!

Wir müssen bei den Nachverdichtungen aufpassen, dass die letzten grünen Lungen nicht zugebaut werden. Prinzip: Lieber ein Geschoss höher oder ein Dachausbau bei den Wohnblocks der 60/70er Jahre, damit nebenan ein Apfelbaum richtig wachsen kann.



Dies muss erst intensiv durch einen Gutachter geprüft werden, denn entsprechende Kaltluftschneisen können nicht ohne fundierte Kenntnisse festgelegt werden.

## 3.4. Grünflächen

Grünflächen im Innenbereich sind extrem wichtig als lokale Klima-Inseln, für Artenschutz und Aufenthaltsqualität.



Das am 16.11.2022 vom Ausschuss (PUT) beschlossene sehr gute Grünraumkonzept wird von der Freien Grünen Liste als konzeptionelle Grundlage für die klimaangepasste Freiraumentwicklung in Radolfzell unterstützt: (siehe: [https://fgl-radolfzell.de/wp-content/uploads/2024/05/Anlage1\\_Gruenraumkonzept\\_Radolfzell\\_klein.pdf](https://fgl-radolfzell.de/wp-content/uploads/2024/05/Anlage1_Gruenraumkonzept_Radolfzell_klein.pdf)).

Auf Antrag der FGL wurde 2022 zwar mit großer Mehrheit beschlossen, dass von der Stadtverwaltung eine Grünraum-Satzung erarbeitet und dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt werden soll. Leider hat die Stadtverwaltung den Entwurf einer Grünraum-Satzung dem Gemeinderat bisher noch nicht vorgelegt.

Dem Antrag der Freien Grüne Liste, auf parallele Beantragung auf Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes im Bereich zwischen Bora Hotel und dem Naturschutzgebiet Radolfzeller Aachried und der Einleitung des Änderungsverfahrens des



Flächennutzungsplans in diesem Bereich, wurde am 29.3.2022 mehrheitlich vom Gemeinderat zugestimmt. Da das Regierungspräsidium das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem nordöstlichen Planungsraum zum Bebauungsplanverfahren für die Erweiterung des bestehenden Hotels Bora HotSpa Ressort gekoppelt hat, verzögert sich ärgerlicherweise die rechtlich verbindliche Festlegung des Streuhaus zum Landschaftsschutzgebiet.

**3.4.1. Welche konkreten (micro-)klimarelevanter Flächen in der Stadt sollen dauerhaft geschützt und erhalten werden ? Haben Sie dazu konkrete Vorschläge ? [< Frage-341](#)**



Dazu sollte zunächst festgelegt werden, welche der vorhandenen und neu zu schaffenden Grünflächen die meisten positiven Auswirkungen für das Klein-Klima haben. Diese sollten dann planungsrechtlich einen hohen Schutz erhalten.

**3.4.2. Wann und in welcher Form soll Ihrer Meinung nach das Streuhau im FNP zum (bereits beschlossenen) Landschaftsschutzgebiet erklärt werden ? [< Frage-342](#)**



Dies liegt nicht in der Hoheit der Stadt, sondern wird in aufwändigen Verfahren zwischen Landratsamt und Regierungspräsidium geklärt.

**3.4.3. Welche konkreten Maßnahmen befürworten Sie zur Erhaltung und Neupflanzung von Bäumen und Biotopen in der Wohnumgebung, so wie in anderen Kommunen (z.B. Gebote, Verbote, Anreize) ? [< Frage-343](#)**



Anreizsysteme wie Baumpflanzprogramme etc. sind allem Anderen vorzuziehen. Die Menschen müssen selbst davon überzeugt sein, was die richtige Maßnahme ist. In Ausnahmefällen kann auch – wie mit der Baumschutzsatzung – mit Geboten/Verboten gearbeitet werden.

**3.4.4. Welche konkrete Maßnahmen zur Schaffung von Grün- und Erholungsflächen in den Quartieren wollen Sie dazu umsetzen ? [< Frage-344](#)**



Anreizprogramm für private Eigeninitiative

**3.4.5. In welchem Zeitraum sollen diese Maßnahmen umgesetzt werden ? [< Frage-345](#)**



So schnell es die Verwaltung umsetzen kann



**3.4.6. Wie stehen Sie zur Begrünung städtischer und privater Gebäude ?** [< Frage-346](#)



Positiv. Dies kann eine wichtige und eigeninitiativ förderliche Maßnahme aller BürgerINNEN sein.


## 4. Gestaltung

In den vergangenen Jahren wurde aufgrund bestimmter Architektur-Moden gerade in der Kernstadt viele Gebäude errichtet, die grauen Kästen oder Schuhschachteln ähneln. Das Problem großer Glasflächen (Vogelschlag an Glas!) ist damit verknüpft.



	<p>Wir sind der BBR dankbar für Ihre Initiativen und waren selbst auch aktiv, sind im Austausch. Für eine Erweiterung um die gründerzeitlichen Gebiete rings um die Altstadt gab es schon Pläne, die nicht umgesetzt wurden. Wir unterstützen einen neuen Anlauf, z. B. für eine Ensemblesatzung. Auch hier sind wir mit konkreten Anträgen vertreten: Beispiel Abbruch-Verhinderung altes Notariat Untertorstraße. Hier gelang es, den „Kasten-Neubau“ zu verhindern und eine positive Neugestaltung zu fördern. Der Gestaltungsbeirat ist ein wertvolles Instrument und wir setzen uns ein, dass der BBR im GBR und PUT gehört wird!</p> <p>Mit den wertvollen Gebäuden und Gebäudestrukturen bilden sich stadträumliche Gefüge heraus, die unsere Umgebung lebenswert machen. Das sehen wir als Lebensqualität, dies schafft Identität und gibt unserer Stadt einen eigenen Charakter. Dies trifft auch für unsere Ortsteile zu!</p> <p>Mit Anträgen unterstützen wir den alten Zehnthof in Böhringen als Dorfgemeinschaftshaus, die Zehntscheune in Güttingen – und das Beispiel Liggeringen Torkel (CDU-Antrag vor Jahren gegen den Abbruch) beweist, welche Qualität für die Ortsteile entstehen kann.</p> <p>Auf CDU-Antrag wurde ein Unterstützungstopf eingerichtet, aus dem Besitzer unkompliziert Zuschüsse erhalten können, z. B. für die Sanierung von ortsbildprägenden Fensterläden etc., zum Erhalt von nicht nur Denkmalobjekten.</p>
	<p>Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass Erhaltenswertes geschützt wird, gegebenenfalls sorgfältig und unter Beachtung von historischen Zusammenhängen saniert bzw. renoviert wird. Nicht nur in der Kernstadt werden wir eine moderne, einerseits funktionale und andererseits und ökologisch-nachhaltige Architektur fordern und in kritischer Auseinandersetzung mit den Feststellungen des Gestaltungsbeirats entwickeln.</p>

### 4.1. Erweitere Altstadtsatzung



Das BBR hat vor Jahren einen Entwurf für eine „Erweitere Altstadtsatzung“ vorgelegt, zum Zweck, auch für den zweiten Ring um die Altstadt mit seinen vielen Gründerzeit-Häusern die völlig unpassende „Kasten-Architektur“ zu verhindern (siehe: <https://bbr-radolfzell.de/images/content/Jubil%C3%A4um/Radolfzell-Altstadtsatzung-Erweitert-NoPS.pdf> )

	<p>Aufgrund der schlechten Erfahrungen mit der bestehenden Altstadtsatzung und den Fehlentwicklungen im Altstadtrandbereich ist es dringend erforderlich, die Altstadtsatzung hin zu einem verbindlichen und wirksamen Instrument zu überarbeiten und um wesentliche bauhistorische Randbereiche der Altstadt zu erweitern.</p>
--	---

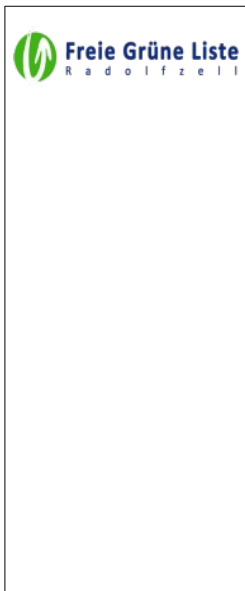
**4.1.1. Würden Sie das Konzept einer erweiterten Altstadtsatzung unterstützen – oder welche anderen Maßnahme würden Sie vorschlagen, um der weiteren gestalterischen Verarmung unserer Stadt Einhalt zu gebieten ? [< Frage-411](#)**

	<p>Architektur ist immer auch eine Geschmacksfrage, die subjektiv bewertet wird. Der Schutz der Altstadt ist ein hohes Gut und die Altstadtsatzung sollte überarbeitet werden.</p>
	<p>Wenn eine erweiterte Altstadtsatzung sinnvoll ist und notwendige Entwicklungen nicht verhindert, findet sie sicher auch unsere Zustimmung.</p>

**4.1.2. Welche konkreten Maßnahmen sehen Sie vor, um historische Gebäude und Stadtteile zu schützen und zu erhalten und vor dem Abriss zu bewahren ? [< Frage-412](#)**

	<p>s.o.</p>
	<p>Wir werden weiterhin verlangen, dass alle Bauvorhaben im Bereich der Kernstadt/Altstadt frühzeitig dem Gemeinderat/Ausschuss zur Kenntnis gebracht werden und erwarten, dass, wenn der Verkauf von für die Stadtentwicklung relevanter Gebäude ansteht, der Gemeinderat rechtzeitig informiert wird bezüglich eines möglichen Vorkaufsrechts.</p>

**4.2. Stadtnahe Quartiere**

	<p>Das Gleisdreieck ist eine der letzten wichtigen altstadtnahen Entwicklungsflächen, die besonders zur Bedarfsdeckung von dringend benötigten Mietwohnungen (Mehrfamilienhäuser) zügig entwickelt werden sollte und die zudem kostengünstig mit einer zusätzlichen Seehaltestelle beim Libellenweg an den S-Bahnverkehr angeschlossen werden kann. Die Entwicklung des Gleisdreiecks ist ebenso für die Standortsicherung des wichtigen Nahversorgers an der Konstanzer Straße eine wesentliche Voraussetzung. Die Freien Grüne Liste hat daher aufgrund der großen Bedeutung dieses Areal die Entwicklung dieser Flächen für altstadtnahes Wohnen unterstützt. Da die meisten Flächen des Gleisdreiecks aber in privater Hand sind, kann die Stadt hier leider nur über die Festsetzung der baurechtlichen Rahmenbedingungen (Bebauungsplan und städtebaulicher Vertrag mit dem privaten Grundstückseigentümer) eine stadtverträgliche Entwicklung fördern. In den vergangenen Jahren sind bedauerlicherweise bereits zwei private Investoren mit ihren Bemühungen einer Bebauung des Gleisdreiecks gescheitert.</p> <p>Die Flächen des Bahnhofsbereiches vom Bahngraben bis zur Raiffeisenfläche wurden vor vielen Jahren von der Stadt erworben, um eine Entwicklung der Brachflächen zwischen Bahngleisen und Altstadt zu ermöglichen. Verschiedene Versuche sind bisher gescheitert, da von der Verwaltung keine überzeugende, an der besonderen Lage zwischen See und Altstadt behutsame und angepasste Planung betrieben wurde. Erst mit einem städtebaulichen Wettbewerb vor drei Jahren und dem daraus hervorgegangenen Siegerentwurf ergab sich eine mehrheitlich vom Gemeinderat getragene Stadtentwicklungsplanung, die auch von der Freien Grünen Liste unterstützt wird. Die Planung sieht zurückhaltende kleine Baufenster vor dem Altstadtbereich, eine attraktive,</p>
---	--

barrierefreie Entwicklung des Bahnhofsbereiches zum See mit einer Neugestaltung des Busbahnhofes, eine verdichtete Wohn- und Dienstleistungsbebauung in der Nähe des Bahngrabens im Osten und eine vor den Raiffeisenflächen im Westen angrenzende verdichtete Bebauung mit einem Nahversorger in Kombination mit Wohnbebauung vor.

**4.2.1. Wie sind Ihre Vorschläge für eine zeitnahe, gestalterisch wertvolle Umsetzung der Pläne des Gebiets Fora / Gleisdreieck ?** ≤  
**Frage-421**



Dies muss erst im Gestaltungsbeirat intensiv diskutiert werden. Die Fachkompetenz unterschiedlicher Architekten ist dabei eine wertvolle Hilfe.



Das Thema Fora/Gleisdreieck ist eines der wichtigsten Entwicklungsgebiete im Umfeld der Altstadt. Welche Wohn-, Gewerbe-, Dienstleistungsstruktur hier sinnvoll, notwendig, möglich wird, ist auch 2024 noch nicht erkennbar. Wir werden mit großer Aufmerksamkeit die weitere Entwicklung verfolgen und insbesondere darauf achten, dass der soziale Wohnbauaspekt maximal berücksichtigt wird und die Libellenwegunterführung behindertengerecht ausgebaut wird, auch im Zusammenhang mit dem entsprechenden Haltepunkt.

**4.2.2. Welches sind Ihre Vorschläge zur Gestaltung und Verwendung des Bahnhofs-Areals zwischen alter Polizei und Aldi ?** ≤  
**Frage-422**




Bereits versiegelte Flächen sollten intensiv genutzt werden, um die Probleme der Menschen zu lösen, ohne neue Eingriffe in Grünbereiche vornehmen zu müssen. In diesem Gebiet sollte vorrangig auch Wohnen entstehen, aber auch die notwendigen Grünflächen für ein gutes Klein-Klima (s.o.)




Hier verweisen wir auf unser Wahlprogramm.

## 5. Bauvorhaben

	<p>In Übereinstimmung mit dem Umweltministerium BW <a href="https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/bodenschutz/flaechenverbrauch">https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/bodenschutz/flaechenverbrauch</a> befürworten wir ein Eindämmen und lenken der Versiegelung. Das Umweltministerium hat für BW das Ziel formuliert bis 2030 3 Hektar neue Flächen pro Tag zu beanspruchen und bis 2035 die Netto-Null zu erreichen. Diese Ziele sollten wir in Radolfzell unterstützen.</p> <p>Bsp. Steinäcker, Böhringen – dank der Verwaltung, konnte hier der „Flächenverbrauch“ eingedämmt werden. Einfamilienhäuser verbrauchen zu viel Flächen, Mehrfamilienhäuser sind hier ergänzend in das neue Baugebiet eingeplant worden. Insgesamt setzen wir eher auf die Verbesserung der vorhandenen Flächen. Neubaugebiete gibt es auf der Gemarkung Radolfzell im Prinzip nicht mehr, allenfalls Ergänzungen sind möglich.</p> <p>Es besteht ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Um den zu beseitigen ist neben anderen Maßnahmen (Zweckentfremdungsverbot) auch der Neubau, bzw. Umbauten/Sanierungen mit Mehrwert notwendig. Wir favorisieren z. B. die Aufstockung, was die Änderung von Bebauungsplänen erfordert, sehen wir die Erschließung neuer Wohngebiete kritisch. Die Bundesregierung fordert in ihrem Koalitionsvertrag von 2021 den Neubau von 400.000 Wohnungen pro Jahr. Das ist in Radolfzell nicht leistbar.</p>
--	--

### 5.1. Flächenverbrauch

Von 2015 bis 2025 wird Radolfzell bis zu 100 Hektar Fläche (so groß wie der Mindelsee) für Wohn- und Gewerbegebiete verbraucht haben. Es droht die Gefahr, dass es für die Zeit nach 2030 mit Baugebietsausweisungen so weitergeht (Nordstadterweiterung 3, Im Tal 2, Hübschäcker 3, Freiwiesle 2 etc.). Dabei hat der Leerstandsmanager der Stadt errechnet, dass im Bestand in Radolfzell und den Ortsteilen Wohnraum für bis zu 3000 Menschen geschaffen werden kann.

	<p>Radolfzell hat in den vergangenen Jahrzehnten den Neubau von Einfamilienhäusern in Neubaugebieten extrem stark priorisiert und den Bau von Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern sträflich vernachlässigt. Die Zeit der Ausweisung von neuen Baugebieten für neue Einfamilienhäuser ist daher vorbei. Der hohe Bestand an Einfamilienhäusern und der verstärkte Generationenwechsel in den Wohnquartieren können in Zukunft den Bedarf an Einfamilienhäusern in Radolfzell weitgehend decken.</p> <p>Über die in den bereits bestehenden Bebauungsplänen (Nordstadt, Gleisdreieck, Hübschäcker und Freiwiesle) ausgewiesenen Flächen für den Wohnungsbau sehen wir auch in Zukunft keinen weiteren Flächenbedarf. Vielmehr gilt es die bestehenden Bebauungspläne (z.B. Hübschäcker) zu überarbeiten, mit den Flächen sparsamer umzugehen und den Anteil der Mehrfamilienhäuser zu erhöhen.</p> <p>Weiter halten wir es für zwingend geboten, dass die Wohnfläche pro Kopf sinkt und Anreize für eine flächenschonende</p>
---	--

Bauweisen geschaffen werden. So sind Mikroapartments, gemeinschaftlichem Wohnen oder flexiblen Raumkonzepten (kompakte Grundrisse) und auch flächensparende Bauweise zu fördern und die Grundstücksgrößen zu begrenzen.  
 Siehe auch FGL-Antwort zu 5.2 Bevölkerungsprognose: Zusätzlich Wohnflächen durch Aktivierung (ungenutzter) Flächen im Bestand schaffen.

**5.1.1. Welche Vorschläge haben Sie zur Reduzierung des Flächenverbrauchs allgemein ? Welchen Typ von Bebauung favorisieren Sie (EFH, MFH, ...) ? [< Frage-511](#)**



Es müssen alle Bauformen möglich sein. Dabei ist dem Wohnungsbau aber eine hohe Priorität einzuräumen. Nur so kann schneller und flächenschonender der notwendige Wohnraum für die Menschen geschaffen werden.

Angesichts des dramatischen Flächenverbrauchs bisher:

**5.1.2. Welchen Flächenverbrauch in Radolfzell halten Sie für die Jahre 2025 bis 2035 für richtig und angemessen ? [< Frage-512](#)**



Der FNP 2015 ist nun schon fast 10 Jahre „veraltet“. Wir sehen aber keine Notwendigkeit einer Fortschreibung, um weitere Flächen auszuweisen. Die vorhandenen Flächen müssen besser und sinnvoller genutzt werden und werden dann noch länger ausreichen.

**5.1.3. Wie steht Sie zu weiteren Baugebieten ? [< Frage-513](#)**



Verweis auf unsere Antwort in 5.2



s.o.

**5.1.4. Befürworten Sie angesichts des Bedarfs an Miet-Wohnungen für ein bis drei Personen weitere große flächenfressende Einfamilienhaus-Baugebiete mit Häusern im Eigenbesitz ? [< Frage-514](#)**



Siehe unsere Antwort zu Frage 1



s.o.



Wir sehen die Notwendigkeit, bezahlbaren Wohnraum für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Eine kommunale Förderung von mietgünstigem Wohnen wird unterstützt. Daneben sind unterschiedliche Konzepte nötig:

#### **5.1.1. bis 5.1.4**

Leerstandsmanagement verstärken, Umnutzung von bestehenden Gebäuden, Geschosswohnungsbau und Mehrfamilienwohnungen in Neubau - gebieten ausweisen, weniger Einfamilienhäuser und Reihenhäuser, außerdem Förderung von Quartieren für neue Formen des Zusammenlebens

## **5.2. Bevölkerungsprognosen**

Einige Fachgutachten prognostizieren eine Erhöhung der Einwohnerzahl von Radolfzell um 4000 Personen bis 2030, verursacht auch durch die vorgesehenen Baumaßnahmen und Baugebiete. Die Gutachter stellen somit klar, dass der Zuzug nicht schicksalhaft von alleine kommt, sondern eine Folge der regen Bautätigkeit ist.



Die von einem Gutachten prognostizierte Steigerung der Einwohnerzahl um 4000 bis 2030 halten wir für absolut überzogen und wird so auch nicht kommen, da die Mehrheit des Gemeinderats lediglich einen geringen Anstieg der Einwohnerzahl anstrebt. Wir setzen uns für eine Beschränkung des Wachstums und der Bevölkerungsentwicklung in Radolfzell ein und wollen daher konsequent die Wohnraumpotentiale im Bestand (Leerstandsmanagement, Begrenzung der Ferienwohnungen und Zweitwohnungen) heben. Die Einrichtung eines Leerstandsmanagements, die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung (wirksame Maßnahme zur Reduzierung des Leerstands und der Zweckentfremdung von Wohnraum) und die Erhöhung der Zweitwohnungssteuer gehen auf Anträge der FGL zurück. Die angepasste Baulückenerschließung und die baurechtliche Förderung des Aufstockens von Bestandsgebäuden zur Erweiterung des Wohnungsangebotes wollen wir forcieren.

### **5.2.1. Halten Sie diese von Gemeinderat und Stadtverwaltung bewusst herbeigeführt Entwicklung für richtig – oder welche anderen Vorschläge dazu haben Sie? [< Frage-521](#)**



Die Beschlüsse des Gemeinderates sind bindend. Ansonsten s.o.

Andere Fachgutachten prognostizieren nur ein geringes oder gar kein Bevölkerungswachstum für Radolfzell, z.B. das Statistische Landesamt BW.

### **5.2.2. Sehen Sie die daher Notwendigkeit, die Bebauungsplanung an die realen Zahlen anzupassen bzw. die Prognosen zu aktualisieren ? [< Frage-522](#)**



Wir sollten valide Prognosen haben, um die Entwicklung wirklich steuern zu können.



**5.2.3. Stimmen Sie zu, dass in Radolfzell Immobilien zum Wohnen statt Immobilien als Geldanlage gebaut werden sollten ?** [<](#)  
**Frage-523**



ja

**5.2.4. Welche Strategie verfolgen Sie bei gewerblicher Nutzung von Wohn-Immobilien in Form von Ferienwohnungen (z.B AirBnb) ?**  
**< Frage-524**



Diese sind in den Maßnahmenplänen des Stadtentwicklungsplans 2016 und den Zielvorgaben für die TSR festgelegt.

**5.2.5. Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie für ein effektiveres Leerstands-Management vor ?** [< Frage-525](#)



Wir beurteilen die Feststellungen von Gutachten mit der notwendigen kritischen Aufmerksamkeit. Was die Bevölkerungsentwicklung angeht, werden wir immer auch die damit verbundenen Infrastrukturmaßnahmen beachten. Entwicklungen, wie wir sie aus Überlingen kennen, werden wir verhindern. Auch an dieser Stelle weisen wir darauf hin, dass wir eine kommunale Baugesellschaft fordern, die in erster Linie hilft, den vorhandenen Bedarf an mietgünstigen Wohnungen abzudecken. Eine gewerbliche Nutzung von Wohnimmobilien wird bereits beschränkt.

### 5.3. Nachhaltigkeit

Es gibt einen Entscheidungs-Automatismus in vielen Gemeinderäten, dass der Neubau von Einrichtungen immer als besser angesehen wird als die Sanierung von bestehenden Gebäuden. Die Rolle von Zement, Beton und anderen Baustoffen sowie den Energieverbrauch beim Bauen selbst („Graue Energie“) hat man aber beim Klimaschutz lange als zu gering eingeschätzt. 6 % des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes kommt allein durch Zement zustande.




Sanierung statt Abriss und Neubau ist in vielen Fällen die nachhaltigere und wirtschaftlichere Lösung. Auf Antrag der FGL wurde im Gemeinderat die Erstellung eines Sanierungsfahrplans für die städtischen Gebäude beschlossen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Sanierungsfahrplan verbindlich wird und auch die energetische Sanierung der städtischen Gebäude bis spätestens 2035 vorsieht.

Wir setzen uns für eine Beschränkung des Wachstums und der Bevölkerungsentwicklung in Radolfzell ein und wollen daher konsequent die Wohnraumpotentiale im Bestand (Leerstandsmanagement, Begrenzung der Ferienwohnungen und Zweitwohnungen) heben. Die angepasste Baulückenschließung und die baurechtliche Förderung des Aufstockens von Bestandsgebäuden zur Erweiterung des Wohnungsangebotes wollen wir forcieren.

Wo dennoch neuer Wohnraum durch Neubau entsteht, setzt sich die FGL dafür ein, dass die Stadt ihre rechtlichen

	<p>Möglichkeiten zur Reduzierung der grauen THG-Emissionen nutzt, indem z.B. ökologische Baustoffe verwendet und unterirdische Baumassen reduziert werden.</p> <p>Unabhängig davon setzen wir uns für eine Vergrößerung des Baumbestandes innerhalb der Stadt sowie in den Stadtrandbereichen und für mehr Fassaden und Dachbegrünung ein, um die Klima-Resilienz der Stadt zu verbessern.</p>
--	--

**5.3.1. Welche Schritte werden Sie gehen, um den Erhalt von Gebäuden zu bevorzugen und Graue Energie zu vermeiden?** [< Frage-531](#)

	<p>Ebenso wie die EU nun ein Recht auf Reparatur beschlossen hat, muss zukünftig verstärkt auf Sanierungen gesetzt werden. Abrissgenehmigungen sollten intensiver auf Sanierungsfähigkeit geprüft werden.</p>
--	---



In Zeiten steigender Baupreise ist Sanierung statt Abriss und Neubau eine sowohl gestalterische als auch in der Regel kostengünstigere Alternative.

**5.3.2. Wie kann also konkret durch Sanierung besser und billiger gebaut werden ?** [< Frage-532](#)

	<p>Indem saniert wird.</p>
--	----------------------------

In Radolfzell sind Bauvorhaben für ca. 1.800 Wohneinheiten geplant. Die Produktion des benötigten Zements dafür wird einen CO2-Ausstoß von etwa 22.000 Tonnen verursachen. Um dies zu kompensieren (10 Tonnen CO2-Bindung pro Hektar Wald), müssten auf Radolfzeller Gemarkung Millionen von Bäumen gepflanzt werden.

**5.3.3. Werden Sie sich für eine Beschränkung der Bauvorhaben einsetzen ?** [< Frage-533](#)

	<p>Wir werden auch nach dem Jahr 2045, welches das Zieldatum für Klimaneutralität in Deutschland ist, Baustoffe für Sanierung und in gewissem Umfang für Neubauten benötigen. Die Klimaneutralität sollte nicht durch Kompensationsmaßnahmen der Bauherren erfolgen, sondern durch eine klimaneutrale Herstellung der Baumaterialien.</p>
	<p>Eine maßvolle Bebauung muss auch weiterhin möglich sein, dazu müssen aber die Prognosen besser werden (s.o.)</p>

**5.3.4. Alternativ: Werden Sie sich für eine entsprechende Aufforstung einsetzen ?** [< Frage-534](#)

	<p>Siehe oben, da sind wir sogar selbst tätig geworden!</p>
--	---



Sämtliche Punkte unseres Wahlprogramms denken an vielen Stellen den Faktor Nachhaltigkeit mit, besonders sichtbar wird dies in den Bereichen „Tourismus“,

„Wirtschaft“, „Klima“, „Wohnen“, z.B. die Umnutzung von Bestandsbauten, die Förderung des nachhaltigen Einkaufens, die Anwerbung zukunftsorientierter Unternehmen, die Fokussierung auf Geschosswohnungsbau verdeutlichen dies. Wir werden es nicht den Mechanismen des Marktes überlassen, was und wie in Radolfzell gebaut wird.

(Ende des Antwortkatalogs)